

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Protest gegen den Einmarsch der türkischen Armee nach Südkurdistan (Nordirak). Von oben nach unten: München, Hamburg, Berlin und Stuttgart



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Zum Brandanschlag in Lübeck ...	3
Bundesbankgold für Jäger 90?	3
Wahlen in Frankreich	4
Erfurter Erklärung	4
SPD-Kongreß Innovation	4
Türkische Armee überfällt Südkurdistan	5
Atommüll aus Gorleben halb um den Erdball	6
Urteil gegen „Wehrkraftzersetzer“ aufgehoben	7
Sudetendeutscher Tag 1997	7

Auslandsberichterstattung

Mongolei: Steppenwind in Richtung Marktwirtschaft	8
Kongo: Neuer Name, aber auch neue Kräfte?	9
Spanien/Frankreich: Gegen die baskische Linke	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Deutschlandtreffen der Ostpreußen	13
Glaasmor: Polizeimanöver vor dem Abschiebegefängnis	14
Euromarsch in Mannheim	14
Büren: Wider den rassistischen Normalzustand	15
Bischofferode: Was ist aus den Versprechen geworden?	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Versicherungen: Kein Gehaltsangebot	19
Generalangriff aufs Wochenende .	19
Lohnfortzahlung zu teuer bezahlt	20
HBV: Freizeitausgleich für AT-Angestellte bei Banken	21

Diskussion und Dokumentation

Philippinen: Interview mit Sotero Llamas, NDFP	22
Leseempfehlung: Guerilla- bewegung im Kongo	25
Yasar Kemal	26

Letzte Seiten

Urteil Kurdistan-Rundbrief	27
---------------------------------	----

Termine	28
----------------------	----

IN BONN EINBÜRGERUNG.

AKTUELL Bündnis 90/Die Grünen haben einen Antrag eingebracht, die Einbürgerung von iranischen Staatsbürgern endlich zu erleichtern (Ds. 13/7676). Es sei spätestens nach dem Mykonos-Urteil „einbürgerungswilligen iranischen Staatsangehörigen in Deutschland nicht länger zuzumuten, daß der iranische Staat durch Verweigerung der Entlassung aus der iranischen Staatsbürgerschaft die Einbürgerung in Deutschland verhindert“. „Sofern die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind“, sollte die BRD in diesen Fällen eine doppelte Staatsbürgerschaft hinnehmen. Einbürgerungswillige müßten sich in den iranischen Vertretungen in der BRD, die „Zentralen des iranischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik Deutschland sind“, oftmals „schikanöse Behandlungen gefallen lassen.“

FLUGBENZINSTEUER. Die PDS hat in einem Antrag (Ds. 13/7680) gefordert, die „indirekte Subventionierung des Luftverkehrs“, die u.a. in der Steuerbefreiung für Flugbenzin und in der Mehrwertsteuerbefreiung für Tickets im internationalen Luftverkehr zu erkennen sei, „unverzüglich“ einzustellen. Eine emissionsabhängige Abgabe, die parallel zu den Landeabgaben erhoben wird, soll den Luftverkehr verteuern und dabei helfen, den Verkehr von Kurz- und Mittelstreckenflügen auf die Schiene zu verlagern.

TÜRKEIHILFE. In einer Antwort (Ds. 13/7603) auf eine kleine Anfrage der Grünen (Ds. 13/7362) hat die Bundesregierung eingeräumt, daß sie allein in den letzten drei Jahren Kraftwerksgeschäfte deutscher Unternehmen mit der Türkei im Volumen von 1 Milliarde DM durch Ausfuhrbürgschaften des Bundes abgesichert hat. Dabei handle es sich bisher nur um konventionelle Kraftwerke bzw. Modernisierungsaufträge dafür, so die Regierung. Allerdings ist der Bundesregierung auch bekannt, daß ein deutsches Unternehmen Interesse an staatlicher Förderung im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerkes Akkuyu habe. In jüngerer Zeit seien aber keine Gespräche über dieses Vorhaben geführt worden.

ELEKTROSCHOCKER. Nach vielfältigen Protesten und dementsprechenden Presseberichten hat die Bundesregierung jetzt endlich eine Hürde vor den Export von Elektroschockgeräten aufgebaut. Bisher konnten Elektroschockstöcke und sogenannte Elektroschockgeräte, also auch Folterwerkzeuge, von deutschen Firmen weltweit ohne jede Beschränkung ausgeführt werden. Jetzt hat die Bundesregierung die Ausfuhr solcher Geräte in eine Liste zur Außenwirtschaftsverordnung aufgenommen worden, so daß wenigstens Kontrollen stattfinden – wie lasch auch immer. „Da Men-

schenrechtsverletzungen in einigen Ländern weiterhin zum politischen Alltag gehörten, seien diese Geräte in die Ausfuhrliste aufgenommen worden“, so die „Woche im Bundestag“.

OSTHILFE. Die PDS hat einen Antrag eine „wirtschaftliche und ökologische Alternative in den neuen Bundesländern“ gefordert (Ds. 13/7519). Die Bundesregierung solle ein Zukunftsinvestitionsprogramm für etwa 15 Jahre auflegen. Schwerpunkte sollen der Erhalt und die Neuansiedlung industrieller Kerne, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Hochschulen und überbetrieblichen Berufsbildungszentren u.ä. sein, außerdem Wohnungsbau und -modernisierung sowie die „Wiederbelebung regionaler Nahrungsgüterproduktion“. Die Gruppe befürwortet einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der 1997 und 1998 bis 300.000 dauerhafte und tariflich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse mit sich bringen soll. Zur Finanzierung soll die Bundesregierung auf den Transrapid und den Eurofighter verzichten.

KRIEGSHETZER. Im Streit um die angebliche russische „Beutekunst“ hat sich ein alter Kriegshetzer zu Wort gemeldet. Prof. Werner Kaltefleiter, früher mit Kissinger an Studien für den US-Aggressionskrieg in Vietnam beteiligt und heute u.a. im Herausgabekreis des Militaristenblatts *Europäische Sicherheit*, forderte am 23. Mai im *Handelsblatt* die Bundesregierung zum „Rückgriff auf Elemente der Machtpolitik“ auf. Kaltefleiter: „Wer die Regeln des Völkerrechts nicht akzeptiert, provoziert, daß ... auf die traditionellen Instrumente der Außenpolitik, das heißt Machtmittel, zurückgegriffen wird.“ Dabei müsse „angemessen“ vorgegangen werden: „Daß man das Thema Beutekunst nicht mit nuklearen Waffen lösen kann, leuchtet jedem ein.“ Aber man könne z.B. „Sicherheiten“ für Kredite verlangen. „Solche Sicherheitsgarantien können zum Beispiel in der Auslieferung der Beutekunst an Deutschland stehen ... Geschieht dies nicht, wird die gesamte Außenpolitik unglaubwürdig.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Die nächste Bundestagssitzung ist am 4. Juni, Thema „Fragestunde“. Am 5. Juni geht es u.a. um die Naturschutzgesetze und um Mittelstandsförderung. Auf der Tagesordnung stehen weiter Rüstungskontrolle und Abrüstung, dann Anträge von SPD und PDS gegen die Massenarbeitslosigkeit und mehrere Anträge von SPD, Grünen, Bundesrat u.a. zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und um die Zukunft der Post. Am 16./17. Juni ist EU-Gipfel in Amsterdam, vom 20. bis 22.6. Weltwirtschaftsgipfel in Denver. Am 2. Juli soll das Bundeskabinett über den Haushalt 1998 und den Nachtragshaushalt für 1997 entscheiden.

Zum Brandanschlag auf St. Vielin

So verurteilenswert der neue Brandanschlag in Lübeck ist, erstaunen kann er nicht: Das offene Auftreten von militanten Faschisten wie gestern in Bad Segeberg, die rassistische Grundstimmung, die in vielen Leserbriefen zum Kirchenasyl für die algerische Familie in St. Marien zum Ausdruck kam, bilden den Hintergrund für solche Brandanschläge. Auch die Lübecker CDU, die das Kirchenasyl als Rechtsbruch bezeichnete, trägt zu diesem Klima bei. Wir haben leider viele Male vergeblich darauf hingewiesen.

Auch der Stadtteil St. Jürgen als Ort der Brandstiftung kann nicht verwundern: Die St. Jürgen Kapelle wurde zum Jahrestag des Brandanschlages auf das Flüchtlingsheim Hafenstraße mit Hakenkreuzen und faschistischen Parolen beschmiert. Vorher wurde auf das türkische Restaurant Marmara ein Brandanschlag versucht, der Täter wurde aber gestört. Er konnte allerdings das Restaurant mit Hakenkreuzen beschmieren.

Unklar ist der Hintergrund eines Feuers, in einem StudentInnenwohnheim in St. Jürgen wurden vor Brandausbruch (bei dem Feuer kam ein junger Mann ums Leben) die Namensschilder nicht-deutscher StudentInnen beschmiert. Ebenfalls der Brandanschlag auf das Haus von Bischof Kohlwege wurde im Stadtteil St. Jürgen verübt.

Bei allen Schmierereien (und dem Falken-Heim in der Dornestraße) wurden die Hakenkreuze verkehrt herum gemalt. Nach unserem Wissen ist bisher in keinem Fall der bzw. die Täter ermittelt. Wir fragen uns, ob die Staatsanwaltschaft ihre Energie alleine auf die Verfolgung unschuldiger Flüchtlinge (Safwan Eid) richtet und bei der Ermittlung rechtsextremer Täter vollkommen untätig geworden ist. Jedenfalls besteht Grund genug, die Ermittlungen zum Brandanschlag auf St. Vielin mit Argusaugen zu beobachten.

- Wir bekräftigen unsere Forderung, daß die faschistischen Organisationen mit aller Macht bekämpft werden müssen. Ein Vertrauen auf staatliche Stellen ist dabei fehl am Platz!

- Schluß mit dem Rassismus staatlicher Stellen und etablierter Parteien!

- Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit der sich im Kirchenasyl befindenden algerischen Familie und der St.-Marien-Gemeinde mit ihrem Pastor Harig!

- Der Bedrohung des Pastors und seiner Gemeinde, die der Brandanschlag offensichtlich bezweckte, muß entschlossen entgegengetreten werden. Dies wird auch mit einer klaren Unterstützung des Kirchenasyls bewirkt.

(25. Mai 1997, aus Platzgründen gek.)

Bundesregierung in selbstgemachten Haushaltsnöten

Bundesbankgold für Jäger 90?

Nach dem FDP-Parteitag sind der Regierung die Daten vorgegeben: Höherbewertung des Bundesbank-Golds, Ausgleich des Haushalts durch noch schnellere Privatisierung und weiteren Sozialabbau.

Dabei fördert die Haushaltskrise inzwischen interessante Geschäftsgeheimnisse zutage. So sprechen alle Finanzminister auf einmal von den enormen Rücklagen, die die Energiekonzerne angeblich zur Vorsorge für den Abriß ihrer Kernkraftwerke und für die Entsorgung des Atom Mülls steuerfrei zurücklegen konnten. 54 Milliarden DM geben VEBA, RWE, VIAG u.a. selbst als steuerfreie Reserven dafür an – gegen deren Besteuerung wollen sie sich notfalls mit Klagen bis zum Bundesfinanzhof wehren.

Die Tage, da nur der Siemens-Konzern seine eigene Bank war, sind vorbei. BMW, VEBA, RWE, BASF, Bayer, Hoechst u.a. Konzerne melden ständig steigende Gewinne und ständig sinkende Steuern. Allein der RWE-Konzern hat nach eigenen Angaben 23 Milliarden DM flüssig. Die VEBA kauft aus ihren Finanzreserven ganz nebenbei die Degussa auf – immerhin einen Konzern mit 10 Mrd. DM Umsatz. Alles das zeigt: Die deutschen Konzerne haben – parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit – dank Waigels Steuergesetzen finanzielle Reserven aufgehäuft wie noch nie in ihrer Geschichte. Kein Wunder, daß die Börse boomt.

Schon lange gilt das deutsche Steuerrecht weltweit als extrem großzügig bei der steuerlichen Bewertung stiller Unternehmensreserven. Inzwischen sprechen selbst Mittelstandspolitiker der Union von 120 Milliarden DM Verlustvorträgen, die deutsche Konzerne jedes Jahr steuerbefreiend geltend machen. Von den riesigen Subventionen unter dem Vorwand des „Aufbau Ost“ oder der Begünstigung gutverdienender Akademikerhaushalten unter der Losung „Förderung privaten Wohneigentums“ ist dabei noch gar nicht die Rede.

Die Folgen dieser christlich-liberalen Steuerstrategie kann man in den Monatsberichten der Bundesbank ablesen: Anstieg der Lohnsteuern von 1991 auf 1996 von 214 auf 251 Milliarden DM, der Mehrwertsteuer sogar von 99 auf 200 Mrd. DM, dagegen Rückgang der veranlagten Einkommenssteuern der Besserverdienenden von 42 auf 12 Mrd. DM, der Körperschaftssteuern von Firmen von 32 auf 30 Mrd. DM! Die Abschaffung der Vermögenssteuer zum 1.1.97 hat dieser Förderung der ohnehin Reichen nur die Krone aufgesetzt. Beim deutschen Steuerrecht nur von einer „sozialen Schieflage“ zu reden, wäre eine Beschönigung.

Die jetzige Haushaltskrise ist also von der Bundesregierung selbst verursacht,

ist die Folge einer Politik, die seit Jahren eine Steuerbefreiung nach der anderen für Konzerne, Firmen und den gut- bis besserverdienenden Mittelstand eingeführt hat, um diese Klientel zu mästen und bei Laune zu halten.

Am 2. Juli, d.h. in ca. 4 Wochen, will das Bundeskabinett jetzt den Haushalt 1998 aufstellen und evtl. auch einen Nachtragshaushalt für 1997. 27 Milliarden DM Haushaltsloch räumt selbst Waigel ein – ca. 9 Mrd. weniger Steuern und fast 18 Mrd. DM wegen höherer Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Die Vorschläge, die von Regierungsvertretern gemacht werden, reichen von der drastischen Höherbewertung der Goldreserven der Bundesbank über die noch schnellere Verschleuderung von Bundesvermögen – Telekom, Postbank, Lufthansa, öffentliche Wohnungsunternehmen – bis zu neuen Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, wobei letztere die Sozialhilfeausgaben der Kommunen weiter in die Höhe treiben, also weitere Kosten vom Bund auf die Kommunen wälzen würde.

Daß die Regierung aber auf diese Weise ihre eigenen Maastricht-Kriterien einhalten kann, glaubt inzwischen kaum noch jemand. Also gibt es Streit an allen Ecken. Der größte Ärger könnte mit dem Daimler-Benz-Konzern winken, der dieses Jahr dank Waigels Verlustvortrags-Gesetzen trotz Milliardengewinn wahrscheinlich keinen Pfennig Steuern zahlt, aber vehement einen Produktionsstart des berüchtigten Jäger 90 verlangt. Woher aber soll Waigel dafür das fehlende Geld nehmen und gleichzeitig die Maastricht-Kriterien einhalten?

Bei der Vorstellung eines neuen Buches von Ex-SPD-Finanzminister Apel kündigte Waigel kürzlich frech an: „Wir müssen den Millionären wieder die Gelegenheit geben, Steuern zu zahlen“ (*Handelsblatt*, 15. Mai, S. 7)

Es werden aber nicht die Millionäre sein, bei denen sich Waigel und die FDP am Ende wieder schadlos halten, sondern erneut Leute in den unteren Lohn- und Gehaltszonen. Es sei denn, es gelingt den Gewerkschaften und anderen linken Kräften, den völlig bedenkenlosen Privatisierungskurs der Regierung und die seit Jahren betriebene Bereicherung und steuerliche Begünstigung der Konzerne endlich wieder einer breiteren öffentlichen Kritik auszusetzen. Stoff dafür gibt es genug. Wieso wird z.B. die Höherbewertung der Goldreserven der Bundesbank nicht zur Sicherung der Renten oder für einen anderen sozialen Zweck verwendet? Wieso wird nicht der Verlustvortrag für Konzerne beschränkt oder aufgehoben? Wieso nicht die steuerfreie Reservenbildung für allerlei Weltmarktgeschäfte und räuberische Übernahmen

fremder Firmen beendet? Immerhin rührt sich Kritik am Kurs dieser Regierung in zwischen bis hinein in die christlichen Arbeitnehmer, da könnten doch auch die Gewerkschaften ein wenig energischer für eine stärkere Besteuerung der Unternehmen auftreten. *rül*

Quellen: Bundesbank-Monatsbericht April 1997; Handelsblatt, 15.5. bis 22.5.; Kölner Stadtanzeiger, 22. bis 24.5.

Wahlen in Frankreich

Juppé dankt ab – FN Zünglein an der Waage

Der Ausgang der vorgezogenen Wahlen zur französischen Nationalversammlung ist vor dem zweiten Wahlgang am 1. Juni völlig offen. Nach dem bisherigen Ergebnis sind von den 577 Sitzen erst 12 im ersten Wahlgang vergeben.

1993 wurde in 80 Wahlkreisen bereits nach dem ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erreicht. Die bürgerliche Rechte hat Verluste erlitten. Sowohl die Börse als auch Ministerpräsident Juppé haben auf den Ausgang des ersten Wahlgangs reagiert: die Börse mit einem Absacken der Kurse um 3,91 % auf 2.654,74 Punkte und Juppé mit der Ankündigung, nach dem zweiten Wahlgang nicht mehr als Ministerpräsident zur Verfügung zu stehen – selbst wenn die Rechten die Wahlen gewinnen sollten.

Nach der Auszählung sind die Stimmergebnisse am 26. Mai wie folgt: Nicht zur Wahl gingen 32,08% der Wahlberechtigten (12,6 Mio.). Seit 1958 machten lediglich 1988 noch weniger Menschen von der Stimmabgabe Gebrauch. Die extreme Linke erhielt 2,52%, die PCF 9,94%, die PS summiert im Bündnis mit anderen 27,76%. Die Grünen kamen auf 6,81% und könnten dank der Wahlabreden vor allem mit der PS erstmals mit einem Sitz (oder mehreren) in der Nationalversammlung rechnen.

Die bürgerlichen Rechten mußten deutliche Verluste hinnehmen: der RPR kam auf 15,70%, der UDF auf 14,21%. Diverse andere Rechte erhielten 6,59%. Chiracs Rechnung, durch die vorgezogenen Wahlen den Widerstand gegen die Währungs- und Europapolitik und die damit verbundenen Maßnahmen gegen die arbeitenden Menschen zu ersticken, muß also nicht aufgehen. Die überwältigende Mehrheit der Rechten – 484 der 577 Sitze – wäre schon mal dahin! Bloß bleibt die errechnete leichte Mehrheit für die Linken bei der Mehrheitswahl auch nur eine rechnerische Größe?

Die FN hat weitere Stimmanteile hinzugewonnen und kam auf 14,94% – die Größenordnung der bürgerlichen Konkurrenten! Im zweiten Wahlgang wird sie in 133 Wahlkreisen in der Stichwahl sein. In 55 Wahlkreisen tritt die FN dabei direkt im „Duell“ gegen eine andere Partei

an, und die Aussichten sind nicht immer ganz schlecht. In 77 Wahlkreisen entscheidet sich die Sitzvergabe zwischen einem Vertreter der FN und zwei weiteren Kandidaten, in einem Wahlkreis konkurrieren vier Parteien in der Stichwahl um den Sitz in der Nationalversammlung.

Im Norden, Osten und Südosten Frankreichs hat die Front National weitere Stimmengewinne erzielt. In den zwei elsässischen Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin tritt die FN beispielsweise in 11 von 16 Wahlkreisen zur Stichwahl an. Mit Ausnahme von Strasbourg 1 – dort erhielt die FN „nur“ 14 Prozent der Stimmen – sind die Ergebnisse im Departement Bas-Rhin nur in Molsheim unterhalb der 20-Prozent-Marke. Die höchsten Ergebnisse erzielt die FN in Saverne mit 25,2% und in Mulhouse (Haut-Rhin) mit 26,8%.

Etliche Entscheidungen, wer im zweiten Wahlgang den Sitz erhält, hängen vom Verhalten der Front National und ihrer Wahlgänger ab. Die FN befindet sich in vielen Wahlkreisen in der Position des „Schiedsrichters“. Le Pen will am 29. Mai die Bedingungen der FN nennen, unter der zur Wahl von Kandidaten anderer Parteien aufgerufen werden soll. Unter anderem sollen rassistische und nationalistische Auffassungen zu Maastricht und zum Euro, zu Immigration und Sicherheit Maß der Dinge sein und die Haltung zu Anti-FN. Damit werden insbesondere die Bürgerlichen gelockt, sich den Themen der Faschisten anzunehmen, sich darauf einzulassen.

Die PS hat zum Wahlverhalten gegenüber der FN-Kandidatur angekündigt, im Fall von Kandidaturen der Bürgerlichen gegen die FN ihren Wählern zu empfehlen, gegen die FN die Stimme abzugeben und den bürgerlichen Kandidaten zu wählen, „um jedes Risiko eines FN-Sieges zu vermeiden“. Dabei könne auch durchaus auf die eigene PS-Kandidatur verzichtet werden. *map*

Erfurter Erklärung

Bundestreffen am 31. Mai in Erfurt

Auf einem Treffen aller regionalen Initiativen wollen die Unterstützer/innen der im Januar veröffentlichten „Erfurter Erklärung“, die einen Machtwechsel in Bonn und ein Linksbündnis für soziale Demokratie verlangt, am 31. Mai im Haus der Gewerkschaften in Erfurt über bisherige Erfahrungen und nächste Vorhaben beraten.

Das ist eines der Ergebnisse eines Treffens der Erstunterzeichner der Erklärung am 16./17. Mai. Auf dem Treffen am 31. Mai soll die weitere bundesweite Vernetzung der Unterzeichner/innen beraten und vorangetrieben werden. Etwa 20.000 Personen haben mittlerweile ihre

Unterstützung der „Erfurter Erklärung“ bekundet, darunter zahlreiche Gewerkschafter/innen, Christen, Sozialdemokraten, Grüne und Parteilose. 220 regionale Initiativen haben sich unter Bezug auf die Erklärung gebildet. „In Bremen findet mittlerweile die 3. regionale Veranstaltung statt, und im Ruhrgebiet zwischen Recklinghausen, Wülfrath, Düsseldorf und Köln ist ein breiter nordrhein-westfälischer Aktionskreis entstanden. Die regionalen Aktivitäten in Bayern spannen sich von Nürnberg bis München“, so Bodo Ramelow, HBV-Landesvorsitzender in Thüringen, am 7. Mai vor der Presse.

Das Interesse vor allem in Westdeutschland sei stark gestiegen, erklärte Horst Schmitthenner, Vorstandsmitglied der IG Metall. „Wir müssen aus der Zuschauerdemokratie heraustreten“. „Es ist mehr in Bewegung geraten, als wir gedacht haben“, ergänzte Bodo Ramelow. Das soziale Klima in diesem Land müsse sich ändern, und die Resignation breiter Bevölkerungsschichten müsse überwunden werden. Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender von Thüringen: „Der Satz: ‚Das können die doch nicht mit uns machen‘ muß verändert werden in ‚Das lassen wir uns nicht mehr bieten‘.“

Für den 3./4. Oktober ist ein Kongreß in Erfurt geplant unter dem Motto: „Einheit verpflichtet – sie soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ *rül*

Kontakt: „Erfurter Erklärung, c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel. 0361-5961 220

SPD-Kongreß Innovation

Neuaufgabe des „Modells Deutschland“

Die SPD hat am 21. Mai einen Kongreß „Innovation für Deutschland – Wir sind bereit“ durchgeführt.

Labour in Großbritannien hat die Wahlen gewonnen, prompt fühlt sich die SPD im Aufwind: von Tony Blair lernen, heißt siegen lernen oder so ähnlich. Nun hat Labour vor allem eine Kurskorrektur in der Europapolitik eingeleitet, nach dem Motto, besser wir Briten kämpfen um die Führung, als den Deutschen die Vorherrschaft überlassen – ein Konzept, das sich so bestimmt nicht auf die Bundesrepublik übertragen läßt. Der SPD müßte also was eigenes einfallen, bloß was?

Gerhard Schröder & Ministerpräsidentenkolleg(inn)en versuchen's mit der Wiederaufgabe von Helmut Schmidt. „Das ‚Modell Deutschland‘, das Modell einer gleichermaßen effektiven wie sozial befriedeten Gesellschaft ist nicht zum Untergang verurteilt. Die deutsche Volkswirtschaft, die Grundlage dieses Modells, hat nach wie vor alle Chancen, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten.“ Gerhard Schröder schwebt ein Bündnis

von aufgestiegenen Teilen der Arbeiterschaft und Mittelklasse mit der monopolistischen Industrie vor, knallhart, imperialistisch bis in die Knochen. Für grüne Ideen ist kein Platz. „So wichtig es sein mag, ein 100.000-Dächer-Programm zu finanzieren, weit wichtiger ist es, in den Schlüsselbereichen der künftigen industriellen Entwicklung, der Informationstechnologie und der Biotechnologie, Marktführerschaft zu erreichen.“

Ähnlich Heidi Simonis, Schleswig-Holstein: „Meine Damen und Herren, wir wissen, wo wir hinwollen: Deutschland muß zum Land der Gründer und Selbständigen werden ...“

Johannes Rau, NRW, fällt die Kohle ein: „Moderne Technik brauchen wir aber auch für die fossilen Energieträger, für Steinkohle und Braunkohle ... Da gibt es weltweit riesigen Bedarf für moderne Technik, Bergbautechnik und Kraftwerksbauer aus Nordrhein-Westfalen.“

Oskar Lafontaine & Bundestagskollegen sehen sich auf den Spuren Willy Brandts. Der Parteivorsitzende Lafontaine beginnt hochgestochen: „Es geht um das Projekt der Moderne ... Zu unserem Projekt der Moderne gehören Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, gehören Bildung, Forschung und Wissenschaft, neue Technologien, weniger Bürokratie und mehr Freiräume für den Einzelnen.“

Rudolf Scharping, probiert's dann auf ähnlicher Wolkenhöhe mit Versatzstücken von Gorbatschow aus den Zeiten des Niedergangs des Realsozialismus: „Altes Denken steht neuem Handeln auch in der unternehmenspolitischen Orientierung im Weg. Zum alten Denken, selbst wenn es hier und da abnimmt, gehört die Konzentration auf Kostenreduzierung, die notwendig ist, aber keine eigenständige zukunftssträchtige Strategie eröffnet ... Sie werden sehen, das kommt so wie das alte Denken von rechts, und das neue Handeln von links.“

Etwas praktischer dann Wolfgang Clement, Wirtschaftsminister NRW: „In den Worten Willy Brandts in seiner 1969er Regierungserklärung: ‚Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung müssen an der Spitze der Reformen stehen‘ ... Mut, wie Präsident Clinton ehrgeizige Ziele zu setzen und beispielsweise den Anschluß eines jeden Klassenzimmers an das Internet bis zum Jahr 2000 zu versprechen.“

Die SPD will an ihrem Erfolg der 70er Jahre anknüpfen. Sie verspricht, mehr in den Ausbau von Hochschulen, Forschung zu stecken und Kapitalisten von Entwicklungskosten zu entlasten. Das reicht vielleicht, um den einen oder anderen, der davon was hätte, als Wähler einzufangen, aber als „Projekt Moderne“? DGB-Chef Schulte jedenfalls war skeptisch. Er meinte: „Wie läßt sich Massenarbeitslosigkeit in einer globalen Wirtschaft überwinden, ohne neue Grenzen und Mauern zu errichten?“

alk

Quelle: Reden über Internet: <http://www.spd.de>



Mit deutschen Waffen

Türkische Armee überfällt Südkurdistan

Am 14. Mai startete die Türkei in die „UN-Schutzzone“ für Kurdinnen und Kurden in Südkurdistan mit 70.000 türkischen Soldaten, Spezialeinheiten und anderen „Sicherheits“kräften mit schweren Waffen und Panzern sowie rund 20.000 Dorfschützern die dritte große Invasion seit 1992. Türkische Armeesprecher sprechen von über tausend Toten, angeblich Guerillas. Aber die meisten werden in Wirklichkeit wieder unbewaffnete Zivilpersonen sein.

Die Türkei verfolgt das Ziel, ihre Staatsgrenze weit in den Irak hinein zu verschieben in Richtung der Öl- und Gasfelder von Kirkuk und Mosul und sich den gesamten kurdischen Süden einzuverleiben. Gleichzeitig verbreitet das türkische Militär wieder, daß mit dieser Operation die PKK-Guerilla endgültig vernichtet werden solle und tut dabei so, als ob die Basis des nationalen Befreiungskampfes unter Führung der PKK in Südkurdistan und nicht in Nordwestkurdistan, d.h. auf türkischem Staatsgebiet, liegt. Unterstützt wird die türkische Armee von Einheiten der KDP des Clanführers Barzani und einer sog. „Friedenstruppe“ von 700 Mann, die aus türkischen Offizieren und Tscherkessen besteht. Diese war von der Türkei und den USA in Erbil aufgestellt worden.

In dem von Barzani kontrollierten Gebiet will sich nun die türkische Armee regelrecht eingraben. Schweres Baumaterial wird in den Nordirak gebracht. Außenministerin Ciller sprach schon jetzt von einem Zeitraum für die Invasion bis mindestens Ende August.

Die türkischen Truppen sind über Habor bei Cizre in das KDP-Gebiet Südkurdistans rund 60 Kilometer über Zaho nach Dohuk entlang der syrischen Gren-

Transparent auf einer Protestdemonstration gegen den türkischen Militärüberfall am 24. Mai in Hamburg. 4.000 bis 5.000 Menschen nahmen daran teil. Von der Bundesregierung kommt bis heute kein Wort des Protests gegen die neue Aggression der türkischen Armee.



Kurdenprotest in Genf bei der UNO

kischen Truppen versuchen dieses Gebiet einzukreisen und stoßen auf der Straße von Dohuk nach Amediye vor. Die türkischen Meldungen über hohe Verluste der ARGK stammen vom Militär, das keine Journalisten über Diyarbakir hinaus läßt.

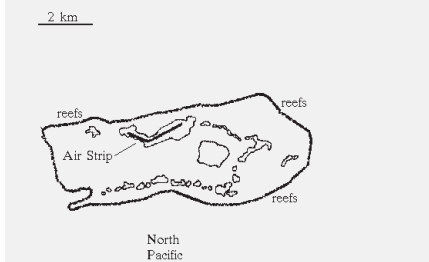
Von kurdischer Seite, d.h. aus Berichten der ARGK, von *Özgür Politika* und Livesendungen von *MED-TV* ergibt sich ein anderes Bild. Danach soll die türkische Armee täglich etwa 25 Mann Verluste erleiden, die ARGK dagegen täglich etwa drei Gefallene. Die Verluste der KDP sollen nach fast 14 Tagen bei rund 200 Mann liegen. Die Zahl der Verletzten der türkischen Armee muß sehr hoch sein. Das Militär räumte die Krankenhäuser von Hakkari, Yüksekova und Van von Zivilisten. In Erbil, tief in Südkurdistan gelegen, veranstalteten KDP-Einheiten und „Friedenstruppe“ ein Massaker. Das Krankenhaus des Kurdischen Roten Halbmonds wurde gestürmt, 14 Verletzte, vier Ärzte und sechs Krankenschwestern regelrecht hingeschlachtet. In Dohuk wurden Guerillakämpferinnen vergewaltigt und dann mit Panzern durch die Stadt geschleift. Mehrere tausend Menschen wurden schon jetzt aus ihren Dörfern vertrieben und flüchteten Richtung Sülemanyie und Erbil.

Irgendeine Kritik an dem Überfall auf die UN-Schutzzone oder gar wirksame Maßnahmen von den engsten NATO-Verbündeten der türkische Armee, der Bundesregierung in Bonn und der US-Regierung in Washington, fehlen bis heute. Vielmehr äußerten beide „Verständnis“. Leider hat auch der Generalsekretär der UN bisher keine entschiedene Haltung gegen die Türkei eingenommen, den Rückzug der Truppen gefordert und das Selbstbestimmungsrecht der Kurden und die UN-„Schutzzone“ verteidigt. Am 30. Mai werden sich alle südkurdischen Parteien, außer der KDP, in Brüssel zur Beratung über Maßnahmen gegen den türkischen Überfall treffen. *rub*



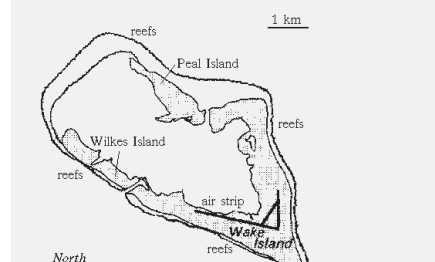
Berlin. Hier protestierten am 24. Mai über hundert Personen gegen den türkischen Einmarsch.

Palmyra Atoll



Mitten im Pazifischen Ozean und nur auf stark vergrößerten Karten zu finden: Die Wake Inseln im Nord-Westen auf der Höhe zwischen Hawaii und den Philippinen, das Palmyra Atoll südlich von Hawaii östlich der Indonesischen Inseln.

Wake Island



CDU und SPD beraten über Endlagerung von Atommüll im Pazifik

Atommüll von Gorleben halb um den Erdball?

Anfang Februar sind Pläne von Atommüllexperten der CDU und SPD bekannt geworden, nuklearen Abfall in den Pazifik zu exportieren. Die Inseln, die New Yorker Investoren bisher für ein atomares Weltendlager in die engere Wahl gezogen haben, liegen in der Nähe des Palmyra- und des Wake-Atolls.

Palmyra mit seinen 39 unbewohnten Korallenatollen und einer Fläche von gerade zwölf Quadratkilometern wird von den USA verwaltet, gehört aber nicht zum US-Staatsgebiet. Die Investoren hatten die 1.600 Kilometer südlich von Hawaii gelegene Insel 1996 von der hawaiianischen Familie Fullard-Leo gekauft.

Die außerdem ins Auge gefaßte Wake-Insel liegt weiter westlich in der Mitte zwischen Guam und Hawaii. Das Atoll umfaßt eine Fläche von 650 Hektar. 1899 von den USA zur Nutzung für eine Nachrichtenstation annektiert, dient die Insel als Notflughafen.

Gegenwärtig bemühen sich die Investoren, bei den zuständigen US-Behörden eine Genehmigung für die Atommüllendlagerung auf Palmyra und Wake zu erhalten. In dem hierfür eigens ausgearbeiteten Gesetzentwurf heißt es, das Projekt habe keine negativen Auswirkungen auf das Ökosystem des Pazifiks und werde weder Menschen noch Tiere bedrohen. In den nächsten 20 Jahren sollen auf Palmyra bis zu 200.000 Tonnen Kernbrennstoff sowie russisches Waffenplutonium, das durch die Abrüstung überflüssig geworden ist, eingelagert werden. Die Betreiber wollen Leasing und Transport der nuklearen Brennstoffe sowie die Rücknahme und Lagerung der verbrauchten Brennelemente anbieten. Pro Tonne soll die Lagerung nur eine Million Dollar kosten und so jede Wiederaufbereitung der verbrauchten Elemente unattraktiv machen. Um das Endlager möglichst rasch in Betrieb nehmen zu können, sieht der ausgearbeitete Gesetzentwurf Ausnahmen von gültigen Umweltrichtlinien wie der Umweltverträglichkeit vor. Bisher konnte noch kein Politiker gefunden werden, der den Entwurf einbringen will.

Die Pläne stießen – trotz eines in Aussicht gestellten Treuhandfonds über 100 Millionen Dollar, aus dem Entwicklungs- und Umweltschutzprojekte finanziert werden sollen – in den Anrainerstaaten auf breite Ablehnung. Bereits Mai vergangenen Jahres lehnte das Parlament von Kiribati, zu deren Linieninseln Palmyra zählt, das Vorhaben einstimmig ab. Die nur 100 Kilometer entfernt lebenden 72.000 Bewohner Kiribatis wären die ersten, die einem Unfall auf Kiribati zum Opfer fielen. Auf Hawaii und in verschiedenen anderen Südseestaaten wurde heftige Kritik an den Plänen laut.

Geschäft mit Müll und Castor-Behältern

Vom geplanten internationalen Atommüllager im Pazifik hängt auch ein Kooperationsprojekt ab, bei dem deutsche und amerikanische Firmen die gemeinsame Produktion von Castor-Behältern vereinbart haben. Bis zu 1.000 der Spezialcontainer für nukleare Abfälle sollen jährlich in den USA gefertigt werden. Das Projekt könnte auch Folgen für das im niedersächsischen Gorleben geplante Endlager für hochradioaktiven Abfall haben. Die deutsche Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), die das Zwischenlager in Gorleben betreibt, räumt dem Vorhaben ebenso wie die amerikanischen Partner reelle Chancen ein. Die GNS – die mehreren großen deutschen Stromversorgungsunternehmen gehört – habe einer US-Firmengruppe die Lizenz zum Bau dreier Castor-Typen eingeräumt, bestätigte Firmensprecher Michael Ziegler. Dabei handele es sich um ein Milliardenprojekt. Laut Ziegler wird die GNS voraussichtlich auch an der Planung des Atomlagers im Pazifik beteiligt.

Die Gespräche zwischen der Bundesregierung und der SPD über einen Kompromiß bei der Entsorgung von Atommüll sind auf Expertenebene abgeschlossen. Gegen einen Verzicht auf nationale Endlagermöglichkeiten wie in Gorleben hat sich Umweltstaatssekretär Walter Hirche ausgesprochen. Es dürfe keine Ziel deutscher Umweltpolitik sein, radioaktiven Müll ins Ausland zu exportieren.

Edda Lechner Quelle: pazifik aktuell Nr. 33/97

Erstes NS-Urteil gegen „Wehrkraftzersetzer“ aufgehoben

Das Landgericht Berlin hat am 9. Mai erstmals ein Urteil eines NS-Militärgerichts wegen „Wehrkraftzersetzung“ aufgehoben. Der „Potsdamer Appell“ begrüßte das Urteil und forderte den Bundestag erneut auf, alle NS-Unrechtsurteile aufzuheben.

Die Witwe Franziska Jägerstätter, Erstunterzeichnerin des „Potsdamer Appells“, und ihre drei Kinder hatten beim Landgericht Berlin vor einiger Zeit ein beschleunigtes Verfahren zur Aufhebung des Urteils gegen den österreichischen Bauern Franz Jägerstätter beantragt, der durch seine Gewissensentscheidung nach wiederholter Einberufung zur Wehrmacht den Befehlsgehorsam verweigert hatte.

Franz Jägerstätter, der auch schon gegen die Annexion Österreichs durch Nazideutschland aufgetreten war, war daraufhin verhaftet und ins Gefängnis Berlin-Tegel überführt worden. Am 6. Juli 1943 wurde er vom Reichskriegsgericht in der Charlottenburger Witzlebenstraße, dem Gebäude, das heute das Kammergericht und den 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs beherbergt, für „wehrunwürdig“ und ehrlos erklärt und wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt. Am 9. August 1943 wurde er im Zuchthaus Brandenburg auf dem Schafott hingerichtet, einer von 16 Todeskanndaten, die an diesem Tag im Zwei-Minuten-Takt ermordet wurden.

In der amerikanischen Friedensbewegung gilt der hierzulande weitgehend unbekannte Jägerstätter als einer der bekanntesten Repräsentanten des gewaltfreien Widerstandes. Die Katholische Kirche hat seine Seligsprechung eingeleitet. Österreich widmete ihm zum 50. Todestag eine Briefmarke.

Der „Potsdamer Appell“ begrüßte die Aufhebung des Urteils. Lothar Eberhardt, Koordinator des Appells: „Rechtzeitig zu seinem 90. Geburtstag wurde vom Landgericht Berlin ... der Beschluß ... erlassen. Aus diesem Anlaß - Franz Jägerstätter wurde am 20. Mai 1907 im oberösterreichischen St. Radegund im Innviertel geboren, in Wien ein großes Symposium unter internationaler Beteiligung statt.“

Wir hoffen, daß die erste Aufhebung eines NS-Unrechtsurteils gegen einen „Wehrkraftzersetzer“ und NS-Militärjustizopfer in der öffentlichen Diskussion und im Deutschen Bundestag ein Signal setzt ... Über 200.000 allein von Berliner Gerichten verhängte NS-Unrechtsurteile sind noch immer rechtskräftig, ca. 7.000 Urteile des Volksgerichtshofes, mindestens 40.000 Urteile wegen Hoch- und Landesverrat, über 75.000 Kriegsge-

richtsurteile und mehr als 50.000 Urteile Berliner Sondergerichte. Der Deutsche Bundestag ist gefragt, eine Entscheidung zur pauschalen Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile herbeizuführen und ein bundesweites Schlußgesetz zu schaffen ohne menschenunwürdige Einzelfallprüfung und Ausgrenzung von ganzen Opfergruppen.“ *rül*

Quelle: Pressemitteilung des „Potsdamer Appells“ vom 12. Mai 1997

Der Sudetendeutsche Tag 1997

Die SL endlich am Rand der „hohen Politik“?

„Jeder weiß, daß wir dieses Papier (gemeint ist die deutsch-tschechische Erklärung, d. Verf.) nicht akzeptieren konnten und können: Es ist ein Dokument voller Halbwahrheiten und Geschichtsklitterungen, Scheinlösungen und Schönfärbereien. Keines der offenen Probleme wurde wirklich gelöst, ja, die Probleme wurden vergrößert, weil Scheinlösungen oft schlimmer sind als die ehrliche Feststellung, daß bestimmte Fragen noch nicht lösbar sind“.

So hatte am Vorabend des 48. Sudetendeutschen Tages Franz Neubauer, der Sprecher und Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft geschrieben. Neubauer ließ die Öffentlichkeit so erfahren, daß das diesjährige Treffend der sogenannten Sudetendeutschen, das unter dem Motto „Unser Auftrag bleibt: Gerechtigkeit schafft Frieden“ stattfindet, - wie zu erwarten - im Zeichen der unlängst unterschriebenen deutsch-tschechischen Erklärung stehen werde.

Die Reaktionen der Teilnehmer auf die Erklärung hat alle Erwartungen übertroffen. So viel Hass, Schmutz und politische Primitivität hatte die Nürnberger Frankenhalle schon lange nicht mehr erlebt. Pfiffe, Schimpfworte und Geschrei haben die Reden fast aller Politiker begleitet, die die Erklärung erwähnten - vielleicht mit der einzigen Ausnahme Franz Neubauer.

Als erster bekam der CSU-Vorsitzende Theo Waigel seinen Teil, obwohl er behauptete, daß „die Erklärung ... kein Schlußstrich (ist)“ und er sich bemühte, mit solchen Sätzen zu gefallen wie: „In der deutsch-tschechischen Erklärung ist es gelungen, eine pragmatische Lösung zu finden, die den Sudetendeutschen Wege zu einem Daueraufenthaltsrecht einschließlich der Möglichkeit zum Grunderwerb eröffnet. Wir (die Bundesregierung, d. Verf.) werden uns dafür einsetzen, diesem Schritt weitere folgen zu lassen. Am Ende dieses Weges sollte die Anerkennung des Rechts auf die Heimat stehen.“

Auf der Hauptkundgebung am Sonntag (18.5.) weckte die Begrüßung der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer einen wirklichen Sturm der bösen

Emotionen. Vielleicht wird diese Politikerin jetzt beginnen zu überlegen, was es für einen Sinn hat, sich zu bemühen, mit wirklich „ewig Gestrigen“ zu verhandeln, die schon seit Jahrzehnten die deutsch-tschechischen Beziehungen stören.

Die Ansprüche, die am Sonntag an die Tschechische Republik ertönten, waren nicht neu: die tschechische Seite müsse vor allem mit Sudetendeutschen direkte Verhandlungen führen, im Geist der Erklärung müsse sie auch alle Bedingungen dafür schaffen, daß die Sudetendeutschen schrittweise ihr „Recht auf die Heimat“ verwirklichen können.

Es war interessant, daß zum ersten Mal bei einem Sudetendeutschen Tag die Vertreter der Organisationen der Deutschen aus der Tschechischen Republik nicht begrüßt wurden. Die Ursache? Die Landes-

Tschechische Presse zum Pfingsttreffen der „Sudetendeutschen“

Die Erklärung hat offensichtlich manche ausgesiedelte Deutsche zu der Erkenntnis geführt, daß es eine Illusion ist, auf den Eigentumsausgleich mit der Tschechischen Republik zu warten, und sie wollen sich deshalb nicht mehr so aktiv in der Landsmannschaft engagieren. Das geht auch aus dem Appell der SL-Amtsträger hervor, daß die Sudetendeutschen sich noch stärker verbunden zeigen und ihre Kraft zeigen sollen. *(Právo, 19.5.97)*

„Recht auf Heimat“, „historische Wahrheit“ und „Unausgewogenheit der Erklärung“, das waren die Begriffe, die bei dem Treffen in allen Fällen dekliniert wurden. Es hat sich wieder bestätigt, daß auf beiden Seiten der Grenze diametral verschiedene Konzeptionen der gemeinsamen Geschichte existieren. *(Lidové noviny, 19.5.97)*

Die politische Kultur der Sudetendeutschen Landsmannschaft zeigt, wie leicht diese Organisation das Hinterland der bestimmten Form der neofaschistischen Bewegung werden kann. *(Halo noviny, 20. Mai 1997)*

versammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien ist nämlich, obwohl sie sonst sehr eng mit der Landsmannschaft zusammenarbeitet, für die deutsch-tschechische Erklärung. Im „Landesanzeiger“, Informationsblatt der Landesversammlung, steht u.a., „der 48. Sudetendeutsche Tag zeigte, daß noch auf beiden Seiten Ressentiments existieren, die nicht überwunden sind, daß die Gedankengänge sich noch ziemlich in der Einbahnstraße befinden.“

e.h.

Politik in der Mongolischen Republik geschieht offenbar im unwägbarsten Galopp ihrer vorwiegend nomadischen (Reiter)Bevölkerung. Vom „Wunder aus der Steppe“ war die Rede, als bei den Parlamentswahlen am 30.6.96 die langjährig in der Hauptstadt Ulan Bator regierenden Kommunisten der Mongolischen Volksrevolutionären Partei (MVRP) buchstäblich in die Steppe geschickt wurden. Von 76 Sitzen hatten sie gerade noch 23 im Parlament, dem Volks-Hural, ergattert. Eindeutiger Sieger: Das oppositionelle Bündnis Demokratische Union, ein Zusammenschluß aus Nationaldemokraten, Sozialdemokraten und VertreterInnen zweier kleinerer Parteien unter Vorsitz des flott gewendeten Ex-Kommunisten Punsalmaagijn Otschirbat.

Damit war – tatsächlich sensationell – erstmalig in Asien eine seit über sieben Jahrzehnten ununterbrochen regierende Kommunistische Partei handstreichartig abserviert und eine alte Politiker-Riege durch junge enthusiastische Reformer ersetzt worden. Doch nun hallte das Echo des Steppenwunders zurück und ließ das politische Pendel erneut in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen: Bei der Präsidentschaftswahl am 18. Mai mußte der im Vorfeld als haushoher Sieger gehandelte Otschirbat eine herbe Niederlage einstecken. Diesmal erhielt er gerade mal 30 Prozent der abgegebenen Stimmen, während die MVRP unter dem sich in der Parteihierarchie zielstrebig emporgeklommenen 47jährigen, in Rußland (Odessa) ausgebildeten Natsagijn Bagabandi ein erstaunliches Comeback feierte und 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. Die Wahlbeteiligung, die noch bei der ersten direkten und freien Präsidentschaftswahl 1993 über 90 Prozent gelegen hatte, betrug diesmal nur 78 Prozent. Noch im Frühjahr 1990, als die Kommunisten 70 Parlamentssitze innehatten, wollte der damalige Präsident Batmunch trotz Perestrojka und Glasnost im Reich des nördlichen Schutzpatron Protestdemonstrationen und einen kurzen Hungerstreik in Ulan Bator niederkartätschen. Dazu kam es nicht. Statt dessen mußte Batmunch von der politischen Bühne abtreten und Otschirbat Platz machen. Dieser sagte sich kurzerhand von der MVRP los, befürwortete die neue Jassa (Verfassung) und beäugte wohlwollend den Marsch in Richtung Liberalisierung und Marktwirtschaft.

Die Mongolische Republik, bis 1992 noch Volksrepublik und seit Beginn der 20er Jahre der kleine Lieblingsbruder der großen Sowjetunion, ist ein weitläufiges Steppen-, Gebirgs- und Wüstenland. Flächenmäßig fast fünfmal größer als Deutschland, zählt es gerade mal 2,5 Millionen Einwohner. Gut 3 Millionen Mongolen leben in der zu China gehörenden Inneren Mongolei, sind dort gegenüber den Han-Chinesen jedoch nur eine Zehn-Prozent-Minderheit. In dieser chinesischen Autonomen Region bestehen seit



Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit fanden in der Mongolei die Wahlen statt. Auf dem Photo: Eine Wahlkundgebung in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator. (Photo: AP/Geg Baker.)

Der Steppenwind bläst kräftig Richtung Marktwirtschaft

*Ein Reisebericht aus der Mongolei.
Von Rainer Werning*

den 80er Jahren indes politische Strömungen, die auf eine Wiedervereinigung aller Mongolen – einschließlich der etwa eine halbe Million in Rußland lebenden Burjaten – in einem Staat drängen.

Batjargal, kurz Bata, ist bester Laune: „Ich hab’ einen abwechslungsreichen Job, der mir Spaß macht und überdies gut Geld einbringt“, versichert der unter-setzte Mitzwanziger. Bata, der bereits die winds of change geschnuppert, Rußland, Polen, Ungarn sowie Südkorea bereist hat, arbeitet in der boomenden privatwirtschaftlichen Tourismusbranche und ist somit näher als die meisten seiner Landsleute am Puls der modernen Zeit. Und die sieht er, politischer Wechsel hin, politischer Wandel her, unaufhaltsam heraufziehen. Tatsächlich ist in sämtlichen Bereichen des sozialen Lebens Dynamik, mitunter gar ungestüme Aufbruchstimmung spürbar. Das schafft Kontraste, die einigen bizarr, anderen beklemmend anmuten, doch unter den Jugendlichen Begeisterung wecken.

Am krasssten spiegelt die Hauptstadt diese Kontraste. Dafür sorgt allein die Geschichte. Die gesamte Mongolei kam zu Beginn des 18. Jahrhunderts unter chinesische Herrschaft. Die sogenannte Verwaltung der abhängigen Gebiete, der auch Tibet und Xinjiang unterstanden, trennte den südlichen Gürtel des Landes zwischen der Chinesischen Mauer und

den nördlicheren Steppen von der „äußeren“ Mongolei. Letztere erklärte sich 1911 unter dem lamaistischen Hutuchtu („Lebenden Buddha“) für unabhängig – mit Rückendeckung des kaiserlichen Rußland. Nach dem Sturz des Zaren durchstreiften bewaffnete konterrevolutionäre Banden, darunter die des Barons von Ungern-Sternberg, die Äußere Mongolei, bis sie schließlich 1921 von sowjetischen Truppen aufgerieben wurden. Das alte Urga erlebte trotzdem eine Art Doppelherrschaft. Bis 1924 erlangten die mongolischen Kommunisten schrittweise die Macht, setzten den Hutuchtu ab und riefen am 26. November 1924 die erste Volksrepublik außerhalb der UdSSR aus. Urga hieß fortan Ulan Bator – wörtlich „Stadt des roten Helden“ – zu Ehren des Freiheitskämpfers Damdiny Sukhe, der mit seinen Recken einen chinesischen Invasionsversuch erfolgreich abgewehrt hatte. Kein Wunder, daß in der Folgezeit die Nähe zur Sowjetunion zunehmend enger wurde. Das blieb – ob in Politik, Wirtschaft, Kultur und Architektur – nicht folgenlos. Ulan Bator erhielt schrittweise die gesichtslose Kälte einer russischen Provinzhauptstadt verpaßt. Realsozialistischer Zuckerbäckerstil, ausladende, aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens kafkaesk anmutende Prachtstraßen, gesäumt von Monumentalbauten und Wohnsilos mit auffällig vielen Fertigbauelementen verdrängten die Ger, die traditionellen Jurtensiedlungen. Selbst die Herrscher über alledem verdankten ihre Macht und Pfründe der Nomenklatura im fernen Moskau. Präsident Tschoibalsan war einer von ihnen, der Ende der 30er Jahre das Kopieren sowjetischer Politik so weit trieb, daß er parallel zu den von Stalin inszenierten Schauprozessen gegen die Opposition drakonisch vorging.

Heute wird über dieses düstere, lange Zeit tabuisierte Kapitel der jüngeren Geschichte offen gesprochen: Mindestens 20.000 Menschen, so heißt es, sollen zwischen 1937 und 1939 Opfer staatlichen Terrors geworden sein. Leidtragende waren nebst Mönchen und kritischen Intellektuellen selbst unsichere Kantonisten in der eigenen Parteihierarchie. Tschoibalsans 1984 entmachteter Nachfolger Tsendenbal gerät ebenfalls immer häufiger ins Kreuzfeuer der Kritik ...

In einen Rausch scheinen derweil all jene zu geraten, die sich von der politischen Liberalisierung, von erweitertem Privatbesitz und der Öffnung der Märkte eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und den raschen Anschluß an die Moderne erhoffen. Deren Zahl wächst, nachdem die Anfangsschwierigkeiten – ein mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einhergehender Kollaps der Im- und Exportindustrie sowie die Umstellung des bilateralen Warenaustausches auf Dollar-Basis – im wesentlichen überwunden sind. Schon bald, so meldete kürzlich die Staatsbank

stolz, könnte allein die Inflationsrate um die Hälfte auf „nur“ 45 Prozent gesenkt werden. „Was wir brauchen“, betonen lakonisch Mitarbeiter der zwischenzeitlich eröffneten Börse, „sind keine Vorschriften, sondern mehr Tugrik- und Dollar-Millionäre“. Der Tugrik; die Landeswährung, hat sich bei 350 pro DM eingependelt, ein Kurs, den die lizenzierten „Schwarzhändler“ kaum überbieten ...

„Als wir in den Ausstand traten, attackierte uns die Regierung und warf uns vor, illegal zu streiken. Doch die Regierung selbst hat unsere Arbeitsplätze auf illegale Weise privatisiert: Das hat schließlich auch eine parlamentarische Untersuchungskommission bekräftigt. Drei Monate schon stehen wir ohne jeglichen Arbeitsschutz da“. Der Sprecher der 500 Angestellten des State Department Store (größtes Kaufhaus in der Hauptstadt; d. Red.) machte aus seiner bitteren Kritik keinen Hehl. Im Sommer vergangenen Jahres hatten sich 95 Prozent der Kaufhausbelegschaft kurzerhand zu diesem „walk out“ entschlossen. Aus Protest gegen den über ihre Köpfe hinweg erfolgten Verkauf des staatlichen Unternehmens an das private Handelsunternehmen Tushig. Dieses erhielt den Zuschlag für eine Kaufsumme von 1,9 Milliarden Tugrik. Böses Blut gab es, als die neue Geschäftsleitung ankündigte, die ganze Belegschaft des Kaufhauses durch einen komplett neuen Mitarbeiterstab zu ersetzen. Politische Ränke spielten da mit: Da das frühere Staatsunternehmen schwarze Zahlen schrieb, habe Tushig plötzlich die Chance erhalten, seine in anderen Branchen angehäuften Schulden endlich zu begleichen.

Das Einüben in die Marktwirtschaft spült auch anderweitig schmutzige Schaumkronen an die Oberfläche. Beispielsweise sei die Selbstmordrate, klagt Dr. Badagsuren von der Toxikologischen Abteilung des Bayanzurhk-Distriktkrankenhauses, in den vergangenen Jahren vor allem unter den Fünfzehn- bis Dreißigjährigen auffällig gestiegen – eine Folge aufgeweichter sozialer und familiärer Beziehungen, erhöhten Leistungsdrucks und uneingelöster Erfolgserwartung. Der Run aufs schnelle Geld und modischen Chic haben das Aufkommen von Prostitution begünstigt. Schließlich gibt es eine ungeahnte Form von Diskriminierung, die einstweilen das Tageslicht scheut. So beklagte das Wochenblatt UB (Ulan Bator) Post, daß die schicke Emon Bar in der Hauptstadt wiederholt mongolischen Kunden den Einlaß verwehrt habe. Lediglich Stars und ausländische Gäste würden dort hofiert. Einer dieser Privilegierten war der Schauspieler Richard Gere. Der ist, als er gemeinsam mit dem Dalai Lama (dessen Bewunderer er übrigens ist) 1995 im Lande weilte, in diesem Nachtclub mehrfach gesichtet worden. So ist das eben mit den Auserwählten. Die neu an die Macht gewählten Alten werden da einiges zu tun haben.

Von der Redaktion gekürzt

Demokratische Republik Kongo

Zwar neuer Name, aber auch neue Kräfte?

Ohne großen Widerstand gelang es den Kräften der ADFL-Front, bis in die Hauptstadt Kinshasa zu gelangen. Kurz zuvor war Mobutu noch entwischt, man sagt, sein Flugzeug sei noch beschossen worden, als er mit seiner Staffage nach Lomé abflog, um sich dort in einem Hotel von den „Strapazen“ zu erholen; ein Teil ist inzwischen in den Tschad weitergereist, Mobutu machte weitere Zwischenstation in Marokko.

Seine wohlhabende Clique hatte sich schon zuvor ins (meist) westeuropäische Exil abgesetzt, andere flüchteten zunächst nach Brazzaville und in die Zentralafrikanische Republik.

Anhand der jeweiligen Anerkennungsgeschwindigkeit anderer, insbesondere afrikanischer Länder zeigen sich auch Sympathie und Abstand zur neuen Regierung. Togo und Gabon zum Beispiel befürchten ähnliche Umstürze in ihren Ländern. Angola ist sicherlich erfreut, bis zuletzt hatten UNITA-Soldaten auf Seiten Mobutus gekämpft. Nun könnte von dieser Seite eher eine Befriedung eintreten. Afrikanische Solidarität? Diese wäre dann möglich, wenn die imperialistischen Länder nicht ihre jeweiligen Stellvertreter zu aktivieren wüßten. Da hilft auch keine Vermittlung durch Südafrika, mit der Mandela die Konfliktlösung primär zu einer „afrikanischen Sache“ machen wollte.

Die Mobutu-Ära ist vorbei, was kommt nun? Eine Bilanz seiner Herrschaft müßte erfolgen; 36 Jahre Bankrott-Wirtschaft, 40 Millionen arme, 600 Prozent Inflation etc. Szenarien einer am Welthandel orientierten Wirtschaft werden entwickelt. Der Run auf die besten Plätze hat begonnen. Die westlichen Länder sind – in alter kolonialistischer Manier – bestrebt, der neuen Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo gleich ihre Vorschriften zu machen, „Demokratie“ und „Wahlen“ einzufordern, als sei dies für sie immer selbstverständliches Ritual gewesen. In den Medien werden bereits vielfältige Gerüchte über mangelnde demokratische Fundamente der neuen Entwicklung lanciert, Menschenrechtsverletzungen wie auch „Plünderungen“ werden behauptet, die Sicherheit der Ruanda-Flüchtlinge sei nicht gewährleistet usw.

Die Bedingungen für einen Neuanfang im Kongo sind alles andere als rosig. Es fehlt im Land zunächst an stabilen Strukturen, die für eine demokratische Basis erforderlich wären. Die Visionen einer Entwicklung unter den Stichworten

„Demokratie – Gerechtigkeit – Einheit“ sind nicht leicht zu realisieren; schon werden ethnische Konflikte im Osten der neuen Republik – aus Stanleyville, ehemals Kisangani – gemeldet. Auch erscheint es als durchaus möglich, daß das alte Regime noch nicht alle Absichten aufgegeben hat, mittels Sabotage und provozierenden Attacken die Entwicklung zu stören. In Kinshasa wurden z.B. zwei Franzosen überfallen, um die ADFL zu diskreditieren.

Die Bevölkerung ist über 30 Jahre in einem terroristischen System aufgewachsen; die im Land verbliebene Machtelite war im wesentlichen korrupt, das Arrangement oder besser: das Sich-Abfinden mit der Herrschaft Mobutus war z.T. überlebensnotwendig. Sozialistische und radikale Ideen waren bislang nicht mehrheitsfähig. Viele berufen sich auf Lumumba, in unterschiedlichen Schattierungen.

Eine Änderung dieser insgesamt z. Zt. völlig desolaten Strukturen erfordert viel Zeit und Engagement, während das westliche Ausland mit dem neuen Regime seine Profitverträge abschließt. Allen voran ist hier der us-amerikanische Mineral Field (AMF) zu nennen, die schon den Zuschlag für die Kobalt- und Kupferausbeutung erhielten. Bislang waren die Bo-



Kabila und andere ADF-Vertreter bei der Ankunft in der Hauptstadt Kinshasa.

denschatze rücksichtslos geplündert worden; nun stellt sich die Frage einer „nachholenden Entwicklung“ – wer hat hierzu Pläne und Programme? Eine Prognose über die Erfolge einer Umwandlung der Wirtschaft, den Aufbau von Bildungs- und sozialen Strukturen, die Anerkennung der Vielfältigkeiten des Landes erscheint erst dann möglich, wenn Eckpunkte der zukünftigen Politik klarer in der Praxis umgesetzt sind. Derzeit wird es ein Erfolg sein, wenn verhindert werden kann, daß sich der alte Machtclan neu etablieren kann.

mc

Gegen die baskische Linke

Von Manfred Ostrowsky

Eine neue Umfrage in Euskadi zeigt: die Basken wollen Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und der ETA.

Am 20. Mai begann in Paris ein politischer Großprozeß gegen 34 Personen, fast ausschließlich spanische und französische Basken. Den Angeklagten wird vorgeworfen, einer „verbrecherischen Vereinigung“ angehört zu haben. 9 der Angeklagten befanden sich vor dem Prozeß in französischen Gefängnissen, 20 waren in Freiheit unter juristischer Kontrolle und 5 werden in Abwesenheit abgeurteilt. Die drei Hauptangeklagten in diesem Verfahren sind Jose Maria Arregi Errostarbe („Fiti“), Jose Luis Alvarez Santacristina („Txelis“) und Francisco Mujika Garmendia („Artapalo“) ...

Von den französischen Behörden wird die Aufnahme baskischer politischer Flüchtlinge als Vergehen eingestuft. So wurden inzwischen mehr als 200 Einwohner der Bretagne verhaftet, weil sie baskische Flüchtlinge beherbergten. 30 von ihnen mußten bzw. müssen Gefängnisstrafen absitzen.

Die französische Polizei wird nicht müde, im französischen Teil des Baskenlandes nach ETA-Sympathisanten zu suchen. So wurden am 13. Mai 9 Basken in den Ortschaften Arrangoitze und Baiona verhaftet, die französische Justiz vermutete Verbindungen zur ETA. Unter den Verhafteten befand sich auch der Sänger Anje Duhalde, der mit seinen engagierten linken Liedern im ganzen Baskenland ein Begriff ist und seine Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen regelmäßig öffentlich kundtut. Schon am 14. Mai mußten die 9 Basken wieder freigelassen werden; ob es zu irgendeiner Anklage kommt, ist noch nicht bekannt. Einer der Verhafteten, Aitz Amilibia (23), berichtete nach seiner Freilassung von Faustschlägen und Ohrfeigen, mit denen die Polizisten in Hendaia eine „brauchbare“ Antwort bezüglich der ETA erzwingen wollten. Ein solches Vorgehen gegenüber verhafteten Basken ist auch in Frankreich kein Einzelfall mehr.

Im spanischen Teil des Baskenlandes konzentrierte sich zur gleichen Zeit die Repression auf Nafarroa. In der Ortschaft Etxarri-Aranatz verhaftete die Guardia Civil 5 Personen mit der Anschuldigung, die Basken hätten sich an Aktionen des Straßenkampfes („kale borroka“) beteiligt. Wenige Tage später verweigerte die

Abordnung der spanischen Regierung in Nafarroa einer pazifistischen Demonstration das Recht, auf Transparenten oder durch Rufe die Kriegsdienstverweigerung zu unterstützen; die Kriegsdienstverweigerung sei schließlich nach spanischem Recht ein Delikt.

Die spanische Rechte setzt weiterhin alles daran, die leitenden Politiker von Herri Batasuna für lange Zeit ins Gefängnis zu bringen; im laufenden Verfahren fordert die Staatsanwaltschaft nun 8 Jahre Haft für jeden der 24 Mitglieder der Mesa Nacional Herri Batasunas wegen „Kollaboration“ mit der ETA.

Während also der Kreuzzug der Justiz gegen die baskische Linke unvermindert anhält, ist man inzwischen über die politische Haltung der Bevölkerung des Baskenlandes bezüglich des Konflikts zwischen der sozialistischen baskischen Unabhängigkeitsbewegung und der spanischen Staatsmacht ziemlich umfassend informiert. Am 15. Mai wurden die Ergebnisse einer Umfrage bekannt, die die

men. Was meinen Sie dazu, daß die PNV diese Initiative ergriffen hat?“ Von den Befragten hielten 66% die Initiative für „sehr gut“ bis „gut“, 16% meinten, die Initiative sei „weder gut, noch schlecht“ und nur 11% beurteilten die Initiative als „schlecht“ bis „sehr schlecht“ (wobei sie die Position der spanischen Regierung einnahmen). Bei den Wählern der drei „baskischen“ Parteien PNV, Herri Batasuna und EA und bei der IU (der „Vereinigten Linken“) lag die Zustimmung zur PNV-Initiative bei über 70%; nur bei den befragten Wählern der PP gab es ein leichtes Übergewicht der ablehnenden Stimmen (Verhältnis: 39:38).

Die dritte Frage zielte auf die Einstellung der Bevölkerung in Hinblick auf eine eventuelle Verhärtung der polizeilichen Maßnahmen, um die aktuelle Situation der Gewaltanwendung zu beenden. Hier hielten 41% der Befragten die Verschärfung der Polizeimaßnahmen für „schlecht“ bis „sehr schlecht“, während 33% sie für „gut“ bis „sehr gut“ hielten.



Verwandte der baskischen politischen Gefangenen demonstrieren vor dem Parlament von Gasteiz für die Verlegung der Gefangenen ins Baskenland.

baskische Autonomieregierung (Lakua) vor zwei Monaten hat durchführen lassen. Befragt worden sind 2.422 Bewohner Euskadis (über 18 Jahre alt). Es wurde nach Geschlecht, Alter und Berufssituation ein repräsentativer Querschnitt angestrebt. Nach dieser Umfrage unterstützen 69% der Bevölkerung Euskadis Gesprächskontakte zwischen der spanischen Regierung und der ETA. 41% der Befragten sind dafür, daß mit der ETA verhandelt wird, wenn es eine Waffenruhe gibt, noch einmal 28% sind selbst dann für Verhandlungen mit der ETA, wenn es keine Waffenruhe gibt. 12% wollten sich nicht äußern, und nur 19% sind gegen Gespräche zwischen der spanischen Regierung und der ETA. Die größte Zustimmung zu Verhandlungen gibt es bei denjenigen, die sich selbst als Basken verstehen (82%); die Wähler der rechtsgerichteten PP bilden die einzige Gruppe, die mehrheitlich (im Verhältnis 49:41) Gesprächskontakte ablehnt.

Die zweite Frage, die zu beantworten war, lautete: „In den letzten Wochen hat die PNV (die baskische Nationalpartei) die ETA und die spanische Regierung aufgefordert, Verhandlungen aufzunehmen.“

Auffällig ist hier die hohe Zahl der Unentschlossenen. Am deutlichsten wird polizeilicher Druck von den Wählern Hbs abgelehnt, aber auch die Mehrheit der Wähler von EA (sozialdemokratisch orientiert) und IU äußert sich negativ. Erwartungsgemäß findet hartes polizeiliches Eingreifen die deutlichste Unterstützung bei den Wählern der PP (67%).

Schließlich will die Autonomieregierung in der Umfrage auch wissen, ob die Einwohner Euskadis meinen, daß die Straßengewalt der „kale borroka“ den Zielen dienlich sind, für die die beteiligten militanten Jugendlichen eintreten (etwa dem Ziel, den baskischen politischen Gefangenen zu helfen). Hier äußerten 83% der Befragten die Ansicht, daß dies nicht der Fall sei, nur 9% denken, der Straßenkampf sei für die Ziele der militanten Jugendlichen sinnvoll. Auch die Mehrheit der Wähler Herri Batasunas hält die „kale borroka“ für politisch nicht nützlich (47%: „nicht hilfreich, 32%: „hilfreich“). Das deutlichste Unverständnis für den Straßenkampf bekundeten die Wähler der „Vereinigten Linken“; (94%: nicht hilfreich, 4%: „hilfreich“). (von der Redaktion gekürzt)



Freiheit für Róisín McAliskey!

Die erste Amtshandlung des in das britische Unterhaus gewählten Sinn Fein-Abgeordneten Martin McGuinness führte ihn direkt ins Gefängnis. Dort besuchte er die seit Anfang Dezember eingesperrte Róisín McAliskey, Tochter der irischen Bürgerrechtlerin Bernadette Devlin-McAliskey. Die Bundesanwaltschaft behauptet, daß sie an einem IRA-Anschlag im Juni 1996 auf eine britische Kaserne in Osnabrück beteiligt war, obwohl die von ihr benannten Augenzeugen nicht bestätigen, Róisín McAliskey gesehen zu haben. Die britischen Behörden hatten sie als Kategorie-A-Gefangene (höchste Sicherheitsstufe) eingestuft. Erst nach internationalen Protesten wurde die Isolation aufgehoben, die Entlassung gegen Kautions aber abgelehnt.

Kuba/Spanien: Streit um Einladung zu Ibero-Amerikanischem Treffen

(Havanna, 15. Mai, pulsar-Poona). - Die Geschäfte laufen gut, doch in der Politik entfernen sich Spanien und Kuba immer mehr. Einen neuerlichen diplomatischen Zusammenstoß gibt es jetzt. Das spanische Parlament organisiert die VIII. Konferenz der Vorsitzenden der Demokratischen Iberoamerikanischen Parlamente, die am 29. und 30. Mai in Madrid stattfinden wird. Kuba ist nur mit Beobachterstatus eingeladen, nicht dagegen wie früher als Vollmitglied. Auf dieses Vorgehen der spanischen Regierungsmehrheit reagierte der kubanische Parlamentspräsident Ricardo Alarcón scharf, indem er die Einladung ablehnte. Kuba ist Gründungsmitglied der Iberoamerikanischen Gemeinschaft der Nationen. Die Liste von Verständnislosigkeit, Kreditaufkündigungen, diplomatischen Krisen und persönlichen Angriffen, die die bilateralen Beziehungen seit dem Amtsantritt des konservativen spanischen Regierungschefes José Maria Aznar prägt, ist um einen Vorfall länger.

Indonesien: Blutiger Wahlkampf

Am 29. Mai finden in Indonesien, dem bevölkerungsreichsten Moslemstaat der Welt, Parlamentswahlen statt. Seit 1966 herrscht nun schon die Suharto-Diktatur. Zur Wahl zugelassen waren nur die Suharto-Gruppierung Golkar, die United Development Party und die Indonesien Democratic Party, beides Parteien, die keine Bedrohung für die Diktatur sind. Die wirkliche Opposition wurde systematisch ausgeschaltet, z.B. der Führer der illegalen Gewerkschaft „Indonesien Prosperity Labor Union“, der wegen angeblicher „Subversion“ eingesperrt wurde. Ausgeschaltet wurde auch die Tochter des von Suharto gestürzten Sukarno, die sich in den letzten Monaten als Symbolfigur des Widerstandes entwickelt hatte. Sie war Vorsitzende der „Indonesien Democratic Party“. Durch eine politi-

sche Intrige innerhalb der Parteiführung, gesteuert von Suharto-Anhängern, wurde sie abgesetzt und durch einen genehmen Vertrauensmann des Regimes ersetzt.

Am vergangenen Wochenende kam es auf der Insel Borneo zu Massenprotesten gegen das Regime. Die Militärs schlugen brutal zu, es soll mehrere hundert Tote gegeben haben.

„Unabhängige Weise“ verhandeln Konflikt Griechenland-Türkei

Ende April kamen die Außenminister Griechenlands und der Türkei überein, eine Expertenkommission von vier „unabhängigen Weisen“ einzusetzen. Sie sollen bis Mitte Juni Möglichkeiten für die Lösung des Zypern- und Ägäiskonflikts erarbeiten.

Zuvor hatte es heftigen Druck von Bundeskanzler Kohl auf den griechischen Ministerpräsidenten Simitis während dessen Deutschlandbesuchs und von Außenminister Kinkel auf seinen Amtskollegen Pangalos gegeben, die rund 3 Mrd. DM EU-Finanzmittel für die Türkei nicht länger zu blockieren.

Pangalos äußerte in einem Interview mit der *Athener Zeitung* über die Methoden Kinkels: „... ich habe persönlich absolut nichts gegen Außenminister Kinkel noch gegen die Deutschen generell. Momentan ist es aber so, daß Deutschland an der Spitze von EU-Aktionen steht, die m.E. im Gegensatz zu den gutgemeinten Interessen Europas stehen. ... Oft ist die Haltung Deutschlands gegenüber den Interessen unseres Landes feindlich. ... Zum Beispiel der letzte Zwischenfall mit Außenminister Kinkel. Er stand auf, während ich sprach, unterbrach mich und sagte mir: „Antworten Sie mir jetzt: Ja oder Nein zum Finanzierungsprotokoll für die Türkei.“ ... Ich habe die Besatzungszeit miterlebt. ... Sollte mir jemand Befehle auf italienisch oder französisch ins Ohr schreien, dann würde ich wahrscheinlich in Lachen ausbrechen. Wenn mir jedoch jemand Befehle auf

Deutsch ins Ohr schreit, dann werde ich wild. ... Ich habe kein Problem damit, daß wir uns an einer Gemeinschaftsinitiative zur Annäherung der Türkei an Europa beteiligen, unter der Bedingung, daß die politischen Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehört, daß die Türkei ihre Gebietsansprüche gegenüber uns aufgibt, ihr Verhalten in der Zypernfrage ändert und daß dort - hinsichtlich der Menschenrechtssituation - eine akzeptable Situation vorherrscht ...“

Auf dem Assoziierungsrat der EU und der Türkei im April legte Griechenland erneut sein Veto gegen die Auszahlung der EU-Finanzmittel an die Türkei ein (4. Finanzprotokoll aus dem Assoziierungsabkommen von 1963: 700 Mio. DM, Darlehen der Europäischen Investitionsbank: 1,5 Mrd. DM, Mittelmeer-EU-Programm: 700 Mio. DM).

In der PASOK-Regierungsfraction formiert sich Widerstand gegen die Aufgabenstellung für die griechisch-türkische Expertenkommission. 32 Abgeordnete, darunter 4 ehemalige Minister, erklärten, daß in der Ägäis und auf Zypern von der Türkei völkerrechtliche Verträge gebrochen wurden. Es gäbe keine Veranlassung, daß die Verträge neu verhandelt werden sollten.

Fast zeitgleich luden Mitte April 110 Parlamentsabgeordnete der PASOK, Neuen Demokratie, Demokratische Sammlungsbewegung und der Linken Entwicklungskoalition, die Bürgermeister von Athen, Thessaloniki und Heraklions, die Universitätsrektoren von Athen und Thessaloniki sowie die KP den Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan nach Griechenland ein.

Quelle: Özgür Politika 14.4.97, Athener Zeitung 25.4.97, Frankfurter Allgemeine Zeitung 2.5.97, Athens News, 11.5.97 (rub)

Griechisch-kubanisches Abkommen

Am 9. März schlossen Kuba und Griechenland ein Kooperationsabkommen für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit ab. Das Abkommen wurde von Alexandros Baltas, griechischer Industrieminister, und Ibrahim Ferradaz, kubanischer Minister für industrielle Zusammenarbeit, unterzeichnet. Im letzten Jahr hatten sie einen Vertrag über die Förderung griechischer Investitionen auf Kuba unterschrieben. Baltas erklärte gegenüber der Presse, der Handel zwischen beiden Ländern sei gering und es gäbe bisher keine griechischen Investitionen auf Kuba. Mit dem jetzt unterzeichneten Abkommen wären die Voraussetzungen für eine Ausweitung des bilateralen Handels und griechische Investitionen gegeben. Griechische Firmen aus Schiffbau und -verkehr, Tourismus, Landwirtschaft und Industrieanlagen haben Interesse am Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen zu Kuba angemeldet.

Quelle: Athen News, 11.5.97, (rub)

(Zusammenstellung: hav)



Weg mit den Abschiebeknästen!

MANNHEIM. Unter diesem Titel fand am 16. Mai eine Kundgebung vor dem Abschiebeknast in Mannheim (siehe Bild oben) und am Abend eine Veranstaltung im Rahmen der Schwarz-Roten Woche statt. Leider waren nur ca. 50 Personen da. Wir hatten zwei längere Beiträge von H. Janssen (Vorstandsmitglieder des Komitees für Grundrechte und Demokratie) und von uns, der ARI. Außerdem hatten wir eine Grußadresse für die Abschiebe-Gefangenen in Deutsch, Englisch und Französisch verlesen. Die Gefangenen, die wir wegen einer hohen Mauer nicht sehen konnten und die uns nicht sehen konnten, haben durch lautstarke Rufe positiv reagiert. Wir versprochen, wieder zu kommen.

Antirassistische Initiative

Kein Pfennig für die Zwangsarbeiter der Adlerwerke Frankfurt/Main

FRANKFURT. Auf der Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank am 23. Mai in Frankfurt/Main beantragte der Verein Leben und Arbeiten im Gallus und in Griesheim (LAGG), einen Pfennig der vom Vorstand beantragten Dividenden-erhöhung pro Aktien einem einzurichtenden Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern und KZ-Opfern zuzu-führen. Da der LAGG als Aktienbesitzer den Antrag fristgerecht eingereicht hatte, mußte er mit der Einladung zur Aktionärsversammlung verschickt werden. In der dort abgedruckten Stellungnahme des Vorstands heißt es: Wir schlagen vor, den Antrag abzulehnen. „Die Hinweise der Antragsteller auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges beziehen sich auf eine Gesellschaft (Adlerwerke, d. Verf.), an der die Dresdner Bank Altbank seinerzeit mit etwas mehr als 10% beteiligt war. Hieraus kann eine Verantwortlichkeit der heutigen Dresdner Bank und ihrer Aktionäre nicht abgeleitet werden.“ Der Antrag wurde nicht extra abgestimmt, abgestimmt wurde lediglich der Antrag

des Vorstands auf die Erhöhung der Dividende. Dagegen stimmten nur etwa 0,1 Prozent. *udi*

201 Ermittlungen gegen AntifaschistInnen eingestellt!

CELLE. Pünktlich vor der faschistischen „7. Hetendorfer Tagungswoche“ (14. – 22.6.1997) wurden alle noch ausstehenden Verfahren gegen die TeilnehmerInnen der antifaschistischen Demonstration gegen die „6. Hetendorfer Tagungswoche“ (HTW) eingestellt. Nachdem seit September 1996 klar war, daß der Widerstand gegen die „6. HTW“ nicht ohne Folgen für die TeilnehmerInnen an der Aktion gegen die Sonnenwendfeier bleiben

sollte, hat nun die Staatsanwaltschaft Lüneburg doch alle 201 Verfahren wegen sog. Landfriedensbruch und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz endgültig eingestellt. Nachdem im März die zuständigen Richter am Celler Amtsgericht die Akten an die Staatsanwaltschaft Lüneburg zurückschickten, stimmte diese zähneknirschend der Einstellung aller Verfahren zu.

*Prozeßgruppe,
c/o Initiative gegen Hetendorf*

Demonstration gegen die türkische Invasion Südkurdistans

In mehreren Städten der Bundesrepublik, u.a. in München, Mannheim und Berlin, demonstrierten auch am Samstag, den 24. Mai, wieder Tausende Kurdinnen und Kurden gegen die Okkupation Südkurdistans (Nordirak) durch die Türkei und gegen die bekanntgewordenen Massaker von Armee und Geheimdiensten an der Zivilbevölkerung. Allein in Hamburg versammelten sich 4 000 bis 5 000 Menschen zu einem Demonstrationzug durch die Innenstadt. Redner forderten die Bundesregierung immer wieder auf, die Waffenlieferungen und Kredite an die Türkische Republik einzustellen, und betonten das Recht der kurdischen Bevölkerung in der BRD, gegen die deutsche Unterstützung des Vernichtungskrieges der Türkei zu demonstrieren. Die Demonstration stieß auf große Aufmerksamkeit; doch leider muß berichtet werden, daß die deutsche Linke der Demonstration fast vollständig ferngeblieben



ESSEN. Am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung demonstrierten vor dem Türkischen Konsulat in Essen ca. 80 Menschen für Frieden und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei. Insgesamt 28 junge Männer, vornehmlich kurdischer Herkunft, erklärten öffentlich, daß sie den Militärdienst in ihrer Heimat ablehnen. Anschließend sandten sie per Post ihre Verweigerung an den Konsul. Dieser hatte eine persönliche Entgegennahme durch eine Delegation verweigert. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung forderten die DemonstrantInnen in Essen, den andauernden Krieg in der Türkei zu beenden und eine politische Lösung für das Kurdenproblem zu finden. Sie verlangen ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und die Freilassung von Osman Murat Ülke.

aus Lokalberichte Essen

Deutschland-treffen der Ostpreußen

DÜSSELDORF. Etwa 50 000 Menschen besuchten am 17./18. Mai das Deutschlandtreffen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ in den Düsseldorfer Messehallen. Im Gegensatz zu den sogenannten „Republikanern“, die ihren Stand auf dem großen Platz vor dem Nordeingang aufgebaut hatten, durfte der „Bund Freier Bürger“ (BFB) seinen Infotisch in der Messehalle aufbauen. Dort wurden fleißig Unterschriften gegen die Einführung des „Euro“ gesammelt, Interessenten geworben und das „10-Punkte-Programm“ des „BFB“ gegen eine „multikulturelle Gesellschaft und eine „linke Gesinnungspolizei“ verteilt.

Der Vorsitzende des „BFB“, der ehemalige FDP-Funktionär Manfred Brunner, beteiligte sich, nebst Heiner Kappel von der „Liberalen Offensive in der FDP“, auch an einer Podiumsdiskussion über das „Recht auf die Heimat“.

An zwei großen Bücherständen wurden in großer Zahl Bücher aus den Verlagen des „Witiko-Bund“-Mitgliedes Herbert Fleissner, dem einschlägigen Kieler „Arndt-Verlag“ und aus dem Bücherangebot des DVU-Chefs Gerhard Frey verkauft. Unter den mit einem eigenen Stand vertretenen Verlagen befanden sich auch der „Verlag S. Bubies“, der unter anderem die aus der „nationalrevolutionären“ Ecke kommende Zeitschrift „Wir Selbst“ anbot und die „Junge Freiheit“, die ihr Produkt gleich palettenweise angekartet hatte und kostenlos verteilte (siehe auch nebenstehende Fotos).

Exklusiv zum Deutschlandtreffen hatte der Vorsitzende der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), Bernhard Knapstein, dem Blatt ein Interview gegeben, in dem er für die Rückgabe des „besiedlungsfähigen Landes – beispielsweise in Südostpreußen und Masuren“ eintrat.

Ähnlich revanchistisches Gedanken-gut brachten Knapstein und der Sprecher der Landsmannschaft, Wilhelm von Gottberg, auch auf der Großkundgebung der Ostpreußen am Sonntag zum besten, an der sich etwa 7 000 Menschen beteiligten.

Ungeachtet der klaren politischen Rechtstendenz dieser Großveranstaltung ließ es sich die Düsseldorfer Oberbürgermeisterin Marlie Smeets nicht nehmen, dem Treffen ein Grußwort „des Rates und der Verwaltung der Stadt“ zu übersenden und der Landsmannschaft Ostpreußen „für ihr verdienstvolles und verantwortungsbewußtes Wirken“ zu danken.

hma

aus Antifaschistische Nachrichten 11/97



Fotos: transparent

Rechte tummeln sich im Gerhart-Hauptmann-Haus

DÜSSELDORF. Gerhart-Hauptmann-Haus heißt das ehemalige „Haus des deutschen Ostens“ in Düsseldorf seit einigen Jahren. Auch wenn der Name geändert wurde, die rechten Umtriebe gehen weiter. Ulla Jelpke hat im Bundestag eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Zur Antwort der Bundesregierung heißt es in einer Pressemitteilung ihres Büros: „Nach Angaben der Bundesregierung erhielt das Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus von 1994 bis 1996 im Rahmen der Projektförderung 143.694 DM aus Bundesmitteln. Darüberhinaus erhielt das Haus in den Jahren 1994 und 1996 im Rahmen der Förderungen für die kulturelle und gesellschaftliche Integration der Aussiedlerinnen und Aussiedler

50.456 DM. Auch die Landesregierung NRW finanziert das Haus 1995 und 1996 mit jeweils 1,55 Mio. DM. Nicht nur Vertriebenenverbände nutzen die Räumlichkeiten, sondern ebenso rechtsextreme und revanchistische Parteien wie NPD, DVU und der Bund für Gesamtdeutschland. Auch Henning Eichberg, prominenter Vertreter der Neuen Rechten, bot das Haus im Februar diesen Jahres ein Forum. Landes- und Bundesregierung tragen dafür Verantwortung, daß Vertreter der extremen Rechten in die Vertriebenenverbände hineinwirken können und rechtsextreme Parteien Räumlichkeiten nutzen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Deshalb fordere ich sowohl die Bundesregierung als auch die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, umgehend die finanzielle Förderung des Hauses einzustellen.“ wof

Abschiebegefängnis Glaasmor

Polizeimanöver auf dem Rücken der Gefangenen

NORDERSTEDT. Haufenweise Polizei vor dem Abschiebetrakt, hektische Betriebssamkeit beim Anstaltspersonal und flackerndes Blaulicht in weiter Ferne. Das waren die Eindrücke, unter denen die Gefangenen in Glasmoor kürzlich während einer polizeilichen Übung standen. Wenige Minuten zuvor hatte der Leiter des Knastes bei der Norderstedter Polizei gemeldet, „sechs Schwarzafrikaner“ hätten zwei Knastwärter in ihre Gewalt gebracht. Von da ab lief alles nach Plan: Das Anstaltsgelände wurde weiträumig abgesperrt, „Beamte mit kugelsicheren Westen“ kontrollierten an Straßensperren durchfahrende PKW,

Feuerwehr und Rettungswagen gingen in Stellung und ein Mobiles Einsatzkommando (MEK) rückte an.

War zunächst noch die Rede davon, daß auch die Einsatzkräfte selber nicht wußten, daß sie nur in einer Übung agierten, dementierte die Polizei diese Darstellung gegenüber der Presse wieder. Die „Norderstedter Zeitung“ allerdings überschlug sich einen Tag nach dem Manöver in der Darstellung der „völlig realen“ Übung: „Dabei mußte jeder, der zufällig durch eine der abgesperrten Straßen fuhr, annehmen, es handele sich um einen Ernstfall. Aufgeklärt wurde niemand.“ Im Verlaufe der Aktion wurde die „An-

nahme der Geiselnahme“ dann gar noch mit der „Annahme“ erweitert, die Geiselnehmer wären bewaffnet.

Den AnwohnerInnen des Knastes zumindest – ohnehin durch die latent rassistische Berichterstattung in den örtlichen Medien aufgehetzt – ist an diesem Tag wieder einmal vor Augen geführt worden, daß sie mit dem Abschiebeknast Glasmoor einen ganz fürchterlichen Ort in ihrer Nachbarschaft haben. Nicht, weil dort Menschen nur aufgrund ihrer unerwünschten Nationalität oder Hautfarbe gefangengehalten werden, sondern weil in Glasmoor – das glauben hier viele zu wissen – nur gefährliche Kriminelle sitzen.

Da ist es gut, daß die Sonntagsspaziergänge wie eh und jeh an jedem ersten (von kirchlichen Gruppen organisiert) und dritten (von der Glasmoorgruppe organisiert) Sonntag im Monat stattfinden, Treffpunkt ist um 15 Uhr die Ecke Glasmoorstraße/Am Glasmoor.

aus: NADELSTICHE 4 / 1997

Euromarsch in Mannheim

Euro-Staffette am 14. Juni in Amsterdam



MANNHEIM. Am Freitag, dem 16. Mai, trafen die TeilnehmerInnen der Süd- und der Rheinschiene der „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“ in Mannheim ein.

Der Weg vom Hauptbahnhof zum Gewerkschaftshaus führte an Stätten der Arbeitsplatzvernichtung vorbei: Zunächst hielt der kleine Umzug aus TeilnehmerInnen des Marsches und UnterstützerInnen aus Mannheim vor der Deutschen Bank. Walter Ebert beleuchtete die Rolle dieser Bank überall dort, wo Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Ergebnis bzw. Ziel sind. Er erinnerte an die

erste „große Tat“ dieser Bank in Mannheim: Schließung des Strebelwerks. Nächste Station war die gerade erst geschlossene Filiale Mannheim der in Konkurs gegangenen Textilkette Dyckhoff in den Planken.

Die Betriebsratsvorsitzende und Anton Kobel (HBV) sprachen hier; letzterer unterbrach seine Rede sozusagen nur kurz, um den Faden am nächsten Haltepunkt wieder aufzunehmen: vor dem Hertie-Geisterhaus am Paradeplatz.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende dieses Kaufhauses, Kurt Seez, Kamillus Wolf, Vertrauensmann von der abbaubedrohten Mannheimer Niederlassung

des Internationalen Bundes für Sozialarbeit, und Wolfgang Alles vom hiesigen Organisationskomitees der Märsche lieferten weitere Beiträge vor Hertie. Eine kabarettistische sowie diverse Flamenco-Einlagen ergänzten das Programm an dieser Stätte der Arbeitslosigkeit. Während der gesamten Kundgebung bewegte sich ein langer „Lindwurm“ über den Platz, auf dem wesentliche Meilensteine des Sozialabbaus verzeichnet waren.

Im Otto-Brenner-Saal des Gewerkschaftshauses, wohin der Umzug dann führte, fand ein (schließlich doch noch zustandegekommener) offizieller Empfang statt durch die Stadt (vertreten durch das Gemeinderatsmitglied Peter Sauter, der auch für die SPD sprach) und den DGB (vertreten durch eine Beauftragte der IGM-Ortsverwaltung).

Ferner wurde eine Grußadresse der Grünen verlesen. Ein Solidaritätsfest schloß sich an.

Insgesamt hätte man dem ganzen Ereignis mehr Zuspruch gewünscht. Die TeilnehmerInnen des Euro-Marsches bestreiten jeweils kleinere Etappen. So ist der Marsch eine Idee, die staffettenartig von Ort zu Ort getragen wird – immerhin eine gesamteuropäische Idee gesamteuropäischer Solidarität.

Zur Abschlußveranstaltung der „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“ in Amsterdam sind von Mannheim aus zwei Busfahrten (mit und ohne Übernachtung) geplant.

tht

Wider den rassistischen Normalzustand

DORTMUND. Die Demonstration gegen die herrschende rassistische Flüchtlings- und Asylpolitik in Büren hat bereits Tradition. In der Nähe von Büren, einsam mitten im Wald, befindet sich mit 600 Plätzen einer der größten Abschiebeknäste der BRD. Die Demonstration wird – wie in den vergangenen Jahren – vor allem von unabhängigen Zusammenschlüssen aus der antirassistischen Arbeit getragen, aber auch einigen Kreisverbänden der PDS NRW sowie von unserer Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke.

Am 11.5.1997 fand in Bochum-Langendreer das vierte bundesweite Vorbereitungstreffen statt. 35 Leute vorwiegend aus NRW beteiligten sich. Dabei wurde vor allem das Problem diskutiert, daß zeitgleich mit der Demonstration am 1.6. in Büren ein überregionales Schützenfest stattfindet, bei dem bis zu 10.000 Besucher/innen erwartet werden. Polizei und Staatsschutz haben vorgeschlagen, die Demonstration nach Paderborn oder in das kleine Dorf Brenken zu verlegen. Ihnen kommt das Schützenfest als Begründung für die Verlegung der Demonstration vermutlich ganz gelegen. Wegen der angeblichen „Gewaltbereitschaft“ eines Teils der Demonstrant/innen wollen sie ein „Stadtverbot“ für alle Demonstrant/innen aussprechen.

Bei dem Vorbereitungstreffen wurde

ausführlich diskutiert, wie unter den gegebenen Bedingungen ein friedlicher Verlauf der Demonstration gesichert werden kann. Eine Verlegung der Demonstration

monstration in Büren ist eine mögliche Verhandlungsbasis, wenn dafür gewährleistet ist, daß verstärkt im Wald bzw. vor dem Abschiebeknast selber protestiert werden kann.

In Gesprächen mit der Polizei soll zudem versucht werden, sie von provokanten Versuchen, Demonstrant/innen und ihre Busse zu kontrollieren, abzubringen. Über die Ergebnisse werden die örtlichen Gruppen auf dem laufenden gehalten. Wer also näheres Wissen will, sollte zu den antirassistischen Initiativen Kontakt aufnehmen. Sie wissen auch, ob Busse zur Demonstration am Ort organisiert werden – und

dann auf nach Büren!

Redebeiträge sind bei der Demonstration u.a. vom BUKO, der Interessengemeinschaft von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien, dem Kölner Solikomitee für Safwan Eid, dem Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehäft Büren e.V. und zu frauenspezifischen Fluchtursachen geplant. Im folgenden dokumentieren wir den Aufruf zur Demonstration.

Jörg Gerhold

Demonstration 1. Juni, 12 Uhr, Büren



in der von der Polizei gewünschten Form wurde abgelehnt. Da mittlerweile die Mobilisierung läuft – u.a. sind 6000 Plakate gedruckt – beschloß das Treffen, gegenüber der Polizei auf dem Kundgebungstermin um 12.00 Uhr am Abschiebeknast zu bestehen. Prinzipiell sind zwei Veranstaltungen in Büren gleichzeitig möglich, die Demonstration müßte ja nicht über den Marktplatz führen, der von den „Schützenkönigen“ beherrscht wird. Aber auch ein Verzicht auf eine De-

ERFURT. Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 10. Mai in der Erfurter Innenstadt gegen Rechts. „Alle drei Minuten findet in Europa ein rassistisch motivierter Überfall statt. In Thüringen, einem der Bundesländer mit der niedrigsten Zahl von Immigrantinnen, hat 1996 die rechte Gewalt gegen Nichtdeutsche, Andersdenkende und Behinderte am stärksten zugenommen“, hieß es in einem Flugblatt, das die Teilnehmenden in der Innenstadt Aktion verteilten. Zu der landesweiten Aktion aufgerufen hatten der LAG Antifa/Antirassismus Thüringen, der DGB, die PDS, Grüne, BdA Thüringen, antifaschistische Initiativen und Jugendgruppen. Auch der Stadtrat von Erfurt hatte nach heftigen Debatten auf Antrag der PDS mit 24 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zu der Demonstration aufgerufen. Wie notwendig die Aktion war, bewies der von Landratsamt Sonneberg genehmigte Aufmarsch von etwa 250 Neonazis fast zeitgleich in Neuhaus am Rennweg, zu dem der NPD-Landesverband aufgerufen hatte. Auf Kundgebungen während der Aktion in Erfurt sprachen u.a. der Togolese At-



tohoun Eklou (URTT), die PDS-Landtagsabgeordnete Tamara Thierbach, Alex Müller von den Erfurter Bündnisgrünen und Dr. Kurt Ludwig vom Bund der Antifaschisten.

rül, aus: UNZ 10/97

„... ein fatales Signal“

Der innenpolitische Sprecher der PDS Thüringen, Carsten Hübner, hat den Auftritt von PDS-Wahlkampfleiter André Brie bei der Burschenschaft Alemannia in Göttingen Anfang Mai scharf kritisiert:

Über die gesellschaftliche und politische Rolle von Burschenschaften kann kein ernsthafter Zweifel bestehen. Sie repräsentieren ein patriarchalisches, nationalkonservatives Menschen- und Gesellschaftsbild. Sie verherrlichen Mannesehre, Soldatentum und nehmen gegenüber den Staaten Osteuropas weiterhin revanchistische Positionen ein. Gerade ihre Rolle bei der Intellektualisierung der bundesrepublikanischen Rechten ist nicht zu unterschätzen. Ergebnisse dieses Wirkens sind neben der Plazierung rechtskonservativer und rechtsradikaler Akademiker in den Führungsriege von Wirtschaft und Gesellschaft Projekte wie die *Junge Freiheit* und damit verbundene Gesprächskreise, Hochschulgruppen u.v.a.m.

Aus den genannten Gründen empfinde ich es als äußerst befremdlich, wenn

der Wahlkampfleiter der PDS bei Gruppierungen wie der Alemannia Göttingen öffentlich auftritt. Er flickt damit nicht nur am pseudoliberalen Mäntelchen, mit denen sich die Burschenschaften gerne umgeben; er suggeriert zudem, es gäbe die Möglichkeit eines sinnvollen Dialogs zwischen SozialistInnen und AntifaschistInnen auf der einen und reaktionären, rechtskonservativen Kreisen auf der anderen Seite. Eine solche Haltung halte ich für fatal. Sie konterkariert nicht nur die gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Machtverhältnisse, sie läßt auch den Eindruck entstehen, es gäbe über gewisse Meinungsverschiedenheiten hinweg gemeinsame Grundpositionen, die Möglichkeit eines sinnvollen Diskurses.

Der Veranstaltungsauftritt ist deshalb für die Profilierung als gesellschaftliche Alternative, als emanzipatorische, sozialistische und demokratische Partei absolut kontraproduktiv. Und er offenbart ein außerordentlich arrogantes Verhalten gegenüber aktiven AntifaschistInnen, demokratischen Hoch-

schulorganisationen und all jenen, die sich seit Jahren gegen den wachsenden Einfluß rechtskonservativer und nationalistischer Kreise in der Gesellschaft stemmen. Ihre Arbeit wird mit einer nicht zu überbietenden Ignoranz faktisch negiert. Das läßt weit blicken.

Richtig übel wird mit in diesem Zusammenhang aber, wenn ich mir das dpa-Interview mit Dietmar Bartsch über den zukünftigen Charakter der PDS vom Montag dieser Woche in Erinnerung rufe, wo er dazu auffordert, unsere Partei so umzugestalten, daß sich auch die neuen Eliten in Ostdeutschland in ihr wohl fühlen können. Ich denke, hier besteht gerade im Kontext mit André Bries Veranstaltungsauftritt, durchaus Klärungsbedarf, wer damit gemeint sein soll.

Aus den oben genannten Gründen halte ich es für unbedingt notwendig, daß André Brie selber zu der Veranstaltung Stellung bezieht und erläutert, warum er die Entscheidung, dort zu sprechen, so und nicht anders getroffen hat.

(Presseerklärung, Erfurt, den 21. Mai)

Bischofferode im Jahr vier nach dem Hungerstreik Was ist aus den Versprechen der Thüringer Regierung geworden?

Ende April führte die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag eine öffentliche Fraktionssitzung in Bischofferode durch, um sich davon ein Bild zu machen, was aus den Versprechungen der Thüringer Landesregierung, die Bergleute des stillgelegten Kalibergwerks würden als Ersatz neue Dauerarbeitsplätze erhalten, geworden ist. Hier Auszüge aus dem Bericht von Holger Elias in der thüringischen linken Zeitung „UNZ“:

Aus den Augen, aus dem Sinn – im Falle des Bischofferöder Kali-Deals jedenfalls, der vor Jahren als spektakulärer Arbeitskampf in die Geschichtsbücher einging und für Aufsehen über die Landesgrenzen hinaus sorgte, gilt das Sprüchlein keinesfalls. Nachdem im Dezember Dreiundneunzig die Schlag geschlagen und die betroffenen 700 Bergleute sich dem Kali-Kartell wie den Versprechungen der thüringischen Landesregierung beugen mußten, war es vor allem die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, die mit barschem „Glück auf!“ immer wieder an der – noch immer – klaffenden Wunde in dieser ohnehin gebeutelten Thüringer Region rührte.

Was wurde aus den Zusagen?

Nunmehr trafen sich die Mitglieder der Fraktion am 23. April zur öffentlichen



Mit einem eintägigen Proteststreik haben die etwa 13.000 Erzieherinnen der 1.160 Berliner Kindertagesstätten am 26. Mai ihre Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen in den Kitas unterstrichen. Sie fordern eine Vorbereitungsstunde mehr pro Woche. Zu der Aktion hatten die GEW und die ÖTV aufgerufen. Gleichzeitig protestierten mehrere tausend Beschäftigte von Krankenhäusern, Universitäten und anderer Einrichtungen gegen die Haushaltskürzungen des Senats und drohende Entlassungen. rül

Fraktionssitzung in Bischofferode, um sich einerseits über die aktuelle Situation zu informieren, andererseits über parlamentarische Initiativen zu beraten, damit das Thema Kali nicht aus den Augen gerät. Dabei interessierte die PDS-Abgeordneten und Mitarbeiter vor allem, was aus den ursprünglichen Zusagen der Landesregierung geworden ist, die seinerzeit den gefeuerten Kali-Kumpeln Dauerarbeitsplätze in Aussicht gestellt hatte.

Nicht wenige bekannte Gesichter

Im Kreis der geladenen Gäste, die ihre Standpunkte, Ansichten und Forderungen äußern sollten – und dies auch engagiert taten – befanden sich nicht wenige bekannte Gesichter. Leute, die seinerzeit der Arbeitskampf zusammenschweißte, und die heute teilweise an verschiedenen Frontabschnitten untergekommen sind.

So gab es ein Wiedersehen mit dem einstigen Betriebsrat Heiner Brodhun, der gemeinsam mit dem im Bundestag für die PDS-Gruppe tätigen Gerhard Jüttemann damals die organisatorischen Fäden knüpfte. Der bärtige Kumpel Brodhun wirkt heute als Projektleiter in der Entwicklungsgesellschaft Südharz-Kyffhäuser (ESK).

Der CDU-Mann Brodhun, ohnehin nicht als langatmiger Schwätzer bekannt, brachte die Sache auch gleich auf den Punkt: „Das Ziel, Arbeitsplatzbeschaffung und Dauerarbeitsplätze für die Kumpel zu schaffen, wurde nicht erreicht“, lautete sein Fazit. Nicht nur in Bischofferode seien Jobs weggebrochen, sondern die ganze Region verspüre die Folgen schmerzlich. Zwar hätten sich 16 Betriebe auf dem Gelände der Grube angesiedelt, die inzwischen rund 175 Eichsfelder – darunter 75 ehemalige Kali-

Kumpel – beschäftigten, doch sei dieses Ergebnis „absolut nicht befriedigend, wenn man die Relationen sieht.“

Selbst der Rückbau geriet in Schieflage

Was Brodhun meinte, ist längst kein Geheimnis mehr. Von den einst vollmundig gegebenen Versprechen der Landesregierung, alle Kalileute wieder in vernünftige Dauerarbeitsplätze zu bringen, ist nur Stückwerk übriggeblieben. „Von der geplanten Zusage der Landesregierung sind wir jedenfalls noch meilenweit entfernt“, sagte er. Selbst der Rückbau, durch die GVV (Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke) organisiert und betrieben, geriet unterdessen in Schieflage. Rund ein halbes Jahr Rückstand sei bezüglich der Entsorgungsmaßnahmen und neuerlicher Nutzbarmachung des Geländes über- wie untertage zu verzeichnen ...

Daß das einstmals gegebene Versprechen der Landesregierung bis zum heutigen Tage eher einer Worthülse gleicht als einer Tat, das machten auch noch andere Diskussionsbeiträge deutlich.

Straßenausbau wäre sinnvoller

Die Eichsfelder Kaliregion sei als Investitionsstandort kaum lukrativ, hieß es da unter anderem, weil die Verkehrsanbindung noch dem Stand vergangener Jahrzehnte entspreche. Bereits hier hätte das Land mit klaren Konzeptionen einhaken müssen.

Die Hoffnung, so machte der verkehrspolitische Sprecher der PDS-Fraktion Benno Lemke klar, auf eine Autobahn anno 2005 helfe ohnehin nicht aus dem derzeitigen Zustand. Sinnvoller wäre eben gewesen, sich auf den Ausbau vorhandener Straßennetze zu konzentrieren. Statt dessen lagerten aber Pläne in den behördlichen Schubladen, nach denen das vorhandene Schienennetz weiter ausgedünnt werden soll ...

Trotz allgemein gebremstem Optimismus

Die Vorsitzende der PDS-Fraktion, Dr. Birgit Klaubert, versprach in ihrem Schlußwort übrigens, daß die einzige Oppositionspartei im Thüringer Landtag trotz allgemein „gebremstem Optimismus“ auf Änderungen im Sinne der Menschen im Eichsfeld in absehbarer Zeit den „oppositionellen Stachel“ ausfahren werde, um die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Problemregion zu lenken. „Die Zusage für Dauerarbeitsplätze kann keinen Endpunkt 1997 oder 1998 haben“, richtete sie die Forderung an die thüringische Landesregierung, deren Wirtschaftsressort es ebenso wie die Landesentwicklungsgesellschaft vorgezogen hatten, keinen Vertreter nach Bischofferode zu entsenden. Die PDS wolle darüber beraten, welche parlamentarischen Initiativen ergriffen werden müßten, um das Land zur Einhaltung seiner Versprechen auch im Jahre Vier nach dem erzwungenen Ende des einstigen Müntzer-Schachts zu zwingen. (aus: UNZ Nr. 9/97)

KOMMUNALE POLITIK

VERPACKUNGSSTEUER: Kiel.

Das OVG Schleswig hat auf Beschwerde der Stadt in zweiter Instanz die Anträge eines Fastfood-Restaurantbetreibers gegen die Festsetzung einer Verpackungssteuer für Einwegverpackungen und -geschirr abgelehnt. Die Steuererhebung mache die Fortführung entsprechender Betriebe nicht unmöglich, sei durch hinreichende Gründe des Gemeinwohls gerechtfertigt und diene den Interessen der Einwohner an einer effektiven Abfallvermeidung. Die seit April '95 festgesetzte, aber während des Verfahrens ausgesetzte Steuer muß von allen Unternehmen nachentrichtet werden.

RASSISMUS: Stuttgart. Der Ausländerausschuß muß sich wieder einmal gegen den Begriff „Überfremdung“ wehren. In einer statistischen Umfrage wird als Antwortmöglichkeit, warum man aus Stuttgart wegzieht, „Überfremdung des Stadtteils“ angeboten. Lediglich die CDU-Ausschußmitglieder haben kein Problem mit diesem Begriff. OB Schuster kann sich vorstellen, daß der Begriff zu „Mißverständnissen“ führen könnte, gemeint seien aber nicht nur die Ausländer, sondern er beinhalte „das gesamte Spektrum der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur eines Stadtteils“. Abgesehen vom „nicht nur“: Außer Schuster wird das wohl kein Mensch in Stuttgart so verstehen.

PRIVATISIERUNG: Bonn. Widerstand mit allen politischen und rechtlichen Mitteln kündigte die ARGE Entsorgung im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) gegen Pläne des Bundesumweltministeriums, an in der Abwasserwirtschaft mit einer neuen Broschüre einseitig privatwirtschaftliche Betreibermodelle zu unterstützen. Wie schon bei der Energierechtsreform offenbare dies eine rigorose antikommunale Einstellung in weiten Teilen der Bundesregierung. Allein in der Abwasserwirtschaft stünden aber für die Kommunen dreistellige Milliardenbeträge, die Sicherheit von Tausenden von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt der kommunale Einfluß auf eine geordnete Gemeindeentwicklung auf dem Spiel. Die VKU-Unternehmensvereinigung werde nicht zulassen, daß diese kommunalen Werte „auf dem Altar der neoliberalistischen antikommunalen Wirtschafts- und Umweltpolitik“ geopfert werden. Die in der kommunalen Wasserwirtschaft existierenden effizienten Organisationsmodelle würden in den geplanten Organisationsempfehlungen des BMU nicht erwähnt.

KONTOGEBÜHREN: Essen. Die PDS Essen fordert von der Sparkasse Essen den Erlaß der Kontogebühren für Sozialhilfempfhänger. Die Sparkassen als kommunale Kreditinstitute sollten sich ihrer so-

zialen Verantwortung bewußt sein. Für die 43.000 Sozialhilfempfhänger in Essen bedeuten die Kontogebühren eine erhebliche Belastung. Die Sparkasse Essen, der es im Gegensatz zur Stadt finanziell gut geht, hat eine diesbezügliche briefliche Aufforderung abgelehnt. Die Kontoführungsgebühren seien ohnehin nicht kostendeckend. Deshalb hat die PDS jetzt eine Unterschriftensammlung unter eine Eingabe/Anregung an den Rat begonnen, die bisher von knapp 200 Leuten unterstützt wird. Der Rat soll die kommunale Aufsicht über die Sparkasse in diesem Sinne nützen.

BEZIRKSREFORM: Hamburg. Mit den Stimmen von SPD und STATT-Partei wurde der Gesetzentwurf zur Reform der Bezirksverwaltung in erster Lesung angenommen. Die Opposition von CDU und GAL kritisierte den Entwurf als „gesetzgeberische Mißgeburt“ und „zutiefst zentralistisch“ (CDU) und als „extrem bezirksversammlungs-feindlich“ (GAL). „Die Bezirke sollen entmachtet werden. Die kommunale Demokratie wird auf voller Ebene abgebaut. Man könnte gleich darauf verzichten, die Bezirksversammlungen zu wählen. Sie dürfen in Zukunft ohnehin nichts mehr“, so der CDU-Sprecher. Die GAL stellte fest, daß die geplante Regelung kommunaler Angelegenheiten einzigartig in Deutschland sei. „Nur in Hamburg sollen Bebauungspläne nicht mehr von gewählten Abgeordneten verabschiedet werden.“

KOMMUNALE WEGERECHTE: Karlsruhe. Zehn Städte und Gemeinden haben das Bundesverfassungsgericht angerufen, um Wegerechte der Kommunen beim Bau von Telefonleitungen auf öffentlichen Straßen und Wegen durchzusetzen. Die Beschwerde gegen das Telekommunikationsgesetz wird vom Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt.

RETTUNGSWACHE: Quickborn. Mit einer Demonstration, an der sich 2000 Menschen beteiligten, demonstrierten die Quickborner für den Erhalt ihrer Rettungswache. Die Schließung der Rettungswache und die Mitversorgung Quickborns über Rettungswagen aus Norderstedt sieht das Ergebnis eines von den Krankenkassen und dem Landkreistag in Auftrag gegebenen Gutachten vor. Die Quickborner sind damit nicht einverstanden. Von sechs Standorten ausgehend bewegte sich der Sternmarsch zum Rathausplatz. Dort fand eine Kundgebung mit Vertretern des Kreises und der Stadt statt. Für sie steht außer Frage, daß die Rettungswache bleiben muß. Sie fürchten eine Unterversorgung, falls die Vorstellungen des Landes umgesetzt werden.

Zusammenstellung: ulj

CDA: Krach um Politik der Bundesregierung. Auf der Delegiertenkonferenz der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) am 24./25. Mai in Magdeburg gab es heftige Auseinandersetzungen um die Regierungspolitik. Der Vorstand des Arms der CDU in die Gewerkschaftsbewegung hatte ein Papier unter dem Titel „Sozial ist, was Beschäftigung schafft“ den Delegierten vorgelegt (wir hatte es in den *Politischen Berichten* kurz vorgestellt). Diesen gefiel die Richtung aber nicht: Der Titel wurde abgeändert in „Vorrang für Beschäftigung“, auch viele Einzelpunkte wurden abgeändert. Keine Lohnabschlüsse unter der Preissteigerungsrate, keine sogenannten Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose wurden aufgenommen. Viele Redner betonten, daß weitere Sozial- und Tarifkürzungen nicht mehr akzept-

abel seien. Die christlich-demokratischen Arbeitnehmer haben offensichtlich Druck: Minister Norbert Blüm ging in die Bütt: „Ihr dürft nicht nur mit gesenktem Kopf in den Betrieben herumlaufen, wir haben doch auch Erfolge erzielt ...“ Das sahen die Mehrheit jedoch anders und kritisierte die Bundesregierung wegen sozialer Politik. Der CDA-Vorsitzende, Ex-Pfarrer Rainer Eppelmann, wurde mit weniger Stimmen als vor zwei Jahren wiedergewählt.

JETZT AUCH POLEN: Die Verlagsgruppe Passau betreibt weitere Expansion in die östlichen Nachbarländer. In Tschechien hatte sie eine Reihe von Zeitungsverlagen aufgekauft, über das Druckunternehmen Euro-Druckservice der Verlagsgruppe hat sie auch beim Zeitungsdruck zum Teil eine Monopolstellung erreicht. Nun hat die Euro-Druckservice ei-

ne Etikettendruckerei in Krakau, Polen, aufgekauft; zuvor war schon eine Zeitungsdruckerei aufgekauft worden. Die eds Passau betreibt damit 13 Druckereien mit insgesamt 850 Beschäftigten in Bayern, Österreich, Tschechien und jetzt auch Polen.

BOSCH AG: Expansion im Ausland aus Profiten im Inland. Das Umsatzwachstum der Robert Bosch AG war 1996 im Ausland 24 Prozent, im Inland 2 Prozent. Die Beschäftigtenzahl stieg im Ausland um 20 093 auf 86 595, im Inland sank sie dagegen um 1 984 auf 89 886. Dieser Trend soll sich fortsetzen: dieses Jahr soll die Beschäftigtenzahl laut Personalchef Todenhöfer im Inland um weitere 1,5 Prozent sinken (das wären dann 1 458 weniger auf noch 88 538) und die Beschäftigtenzahl im Ausland die im Inland übersteigen (dort kämen dann ca. 1950 dazu). Die Auslandsproduktion soll weiter ausgedehnt werden, und zwar vor allem in den sog. Entwicklungs- und Schwellenländern. Bis jetzt ist der Export noch maßgebend: Bosch macht im Ausland 61 Prozent des Umsatzes, die Wertschöpfung findet aber zu 60 Prozent in Deutschland statt. Mit den Profiten (Umsatzrenditen) ist Bosch unzufrieden: 1995 erzielte der Konzern 4,6 Prozent, 1996 noch 4,1 Prozent, wobei der Umsatz um 15 Prozent auf 41,1 Mrd. in 1996 stieg (ohne die Firmenzukäufe, meist im Ausland, allerdings nur um 4,8 Prozent). Unzufrieden ist Bosch auch mit den Gewerkschaften: die 35-Stunden-Woche sei ein Nachteil, zu wenige Beschäftigten dürften 40 Stunden arbeiten, die Arbeitszeitregelungen seien zu unflexibel. Den Zwickel-Vorschlag für 32 Stunden lehnt der Konzern kategorisch ab.

GROSSHANDEL: Am 23. Mai findet die zweite Verhandlung in der Tarifrunde 1997 im Groß- und Außenhandel Hessen statt. Es werden gleichzeitig die Verhandlungen zum Gehaltstarif und zum Manteltarif geführt. Außerdem hat die HBV die Arbeitgeber aufgefordert, einen Tarifvertrag zur Altersteilzeit abzuschließen. Bereits in der ersten Verhandlungsrunde am 21. April haben die Arbeitgeber duetlich werden lassen, daß für sie die Fra-

ge der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorrangiges Ziel dieser Tarifrunde ist. Ihr Ziel: „Kompensation“ als Gegenleistung für die 100%-Lohnfortzahlung z.B. durch die Anrechnung von bis zu 6 Urlaubstagen pro Kalenderjahr auf Krankheit („Es gibt eh viel zu viel Urlaub“) oder durch Kürzung des Urlaubs- oder Weihnachtsgeldes je nach Krankheitsdauer. „Die Arbeitnehmer müssen wieder bescheidener werden, damit sie ihre Arbeitsplätze sichern.“ – so der Arbeitgeberentor. Dabei werden die Arbeitgeber aus dem Baustoffhandel vorgeschickt, die unter der schlechten Baukonjunktur und der Konkurrenz der Baumärkte leiden. In Hessen führen die Arbeitgeber die Verhandlungen nur zögerlich, da die Arbeitgeber auf Bundesebene offensichtlich verabredet haben, in anderen – kampfschwächeren – Tarifbezirken einen Pilotabschluß zu erzielen, der dann bundesweit übernommen wird. Ein Problem der Gewerkschaft HBV ist der geringe Organisationsgrad im Großhandel und die Zersplitterung der Branche. Allein im Raum Frankfurt gibt es rund 6600 Großhandelsbetriebe mit rund 50.000 Beschäftigten. Daher hat die HBV Frankfurt die diesjährige Tarifrunde mit einer intensiven Mitgliederwerbekampagne verbunden. Motto: „Kondome schützen – Tarifverträge auch“.

hbv im Solinet

MERCEDES BENZ: (Aus einer Rede auf der Betriebsversammlung Ende April im Werk Bremen) Während wir als Belegschaft von einem zum nächsten Maßnahmenkatalog getrieben werden, um die angeblich so schlechte Gewinnsituation, mit Sparmaßnahmen zu verbessern, explodieren die Konzernkassen weltweit. Für Mercedes bedeutet dies: Der Pkw-Umsatz kletterte um 11% auf 11,4 Milliarden DM, allein im ersten Vierteljahr. Der LKW-Umsatz stieg im gleichen Zeitraum um 10% auf 8,2 Milliarden DM! 1996 verkaufte der Mercedes Konzern allein 645.000 PKW, dies ist ein Plus von 9% im Vergleich zum Vorjahr. Sogar der LKW blieb von der Absatzlage her stabil und verzeichnete ebenfalls mit ca. 348.000 Einheiten ein Plus von 9%! *Zusammenstellung: alk*



Den 53 Mitarbeitern des Betonwerks der Dywidag (Dyckerhoff und Widmann AG) in Hamburg-Moorfleet ist die Schließung des Werks trotz guter Auftragslage zum Jahresende angekündigt worden. Die Produktion solle im Werk Syke bei Bremen zentralisiert werden. 15 bis 20 der Beschäftigten könnten dort eine Stelle bekommen. Ein Hohn angesichts einer Entfernung von 120 km. Die IG-Bau wirft dem Konzern vor, den Betriebsrat entgegen den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes nicht informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt zu haben. Der Gewerkschaftssekretär Paul Tüger sieht dennoch wenig Chancen zur Erhaltung des Werks und will Verhandlungen um Sozialpläne aufnehmen.

Unter der Belegschaft und in der Öffentlichkeit gilt es als offenes Geheimnis, daß der Konzern das 100.000 qm große Betriebsgelände, das auf der geplanten Transrapidtrasse in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Haltepunktes Moorfleet liegt, gewinnbringend an die Bahn verkaufen will. Dywidag war Mitglied im Transrapid-Betreiberkonsortium, ist jedoch als erster der Baukonzerne ausgestiegen. Offensichtlich ist mit der staatlich geförderten Bodenspekulation mehr Profit zu erwarten als mit der Beteiligung an dem umstrittenen Verkehrsprojekt. *ulj*

Immer unverschämter – kein Gehaltsangebot

In der zweiten Verhandlungsrunde am 15.5. in Hamburg präzisierte und bekräftigte der Arbeitgeberverband Versicherungen seine Forderungen an die Gewerkschaften für diese Runde:

- Kürzung der Lohnfortzahlung im Tarifvertrag von 100% auf 80%, Einrichtung einer „Lohnfortzahlungsversicherung“, die die Differenz ausgleichen soll. (Hierauf bestehen besonders die privaten Krankenversicherungen, die eine neue Sparte eröffnen und die eigenen Beschäftigten für diesen Feldversuch einspannen wollen.)

- Schaffung neuer Niedriglohngruppen unterhalb der jetzigen Tarifgruppe 1 (3.222 DM) mit einem Monatsbrutto von 2.500 bzw. 2.700 DM. Absenkung auch der höheren Tarifgruppen bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen.

- Die Möglichkeit, die Arbeitszeit bis auf 42 Stunden ausdehnen zu können.

- Streichung des Vorruhestandes.

- Kürzung der Sonderzahlungen (z. Zt. 1,3 Gehälter pro Jahr).

- Einfrieren der Azubi-Vergütungen.

Der Arbeitgeberverband überschreibt diesen Katalog unverfroren noch als „Beschäftigungspaket“. Dabei reduzieren fast alle Versicherungen derzeit die Zahl der Beschäftigten, teils „moderat“, teils rabiat (z.B. Volksfürsorge, R+V Versicherung). Die Gewinne explodieren dabei geradezu, nicht zuletzt wegen der verringerten „Personalkosten“. So will die Mannheimer Versicherung, deren Vorstandssprecher Schreiber Verhandlungsführer der Versicherungen ist, die Dividende von 32% im letzten Jahr in den nächsten Jahren „auf 40 oder 50% steigern“, wie sich Schreiber in der Wirtschaftspresse zitieren und feiern läßt.

„In den nächsten Jahren muß die Kapitale Seite bedient werden“

Auf Grund der Verflechtung der großen Versicherungskonzerne untereinander und mit den Großbanken steigern die guten Dividenden nur die Profite der Finanzkonzerne untereinander immer weiter. Jede Mark, die den Versicherten (und den Beschäftigten) abgepreßt wird, wandert in den großen Geldsack (vermehrt das Anlagekapital etc.). Keine einzige Neueinstellung wird vorgenommen, wenn weiterer Verzicht geübt wird – im Gegenteil.

Im Laufe der Auseinandersetzungen wurde der Arbeitgeberverband auch noch direkter: „In den nächsten Jahren muß eindeutig die Kapitale Seite bedient werden. Wir müssen verstärkt die Aktienkurse im Blick behalten. Angesichts der Globalisierung wandert das Kapital, das scheu wie ein Reh ist, ab.“

In der Verhandlung haben die Gewerkschaften HBV und DAG einhellig al-



Ca. 500 Hamburger Versicherungsangestellte demonstrierten am 15.5.97 vom Hauptbahnhof zum CCH, in dem die Verhandlungen stattfanden.

le diese Forderungen zurückgewiesen und ihre Forderungen nach Beschäftigungssicherung und wenigstens minimaler Gehaltsanhebung vorgetragen. Als nach gut 2 Stunden die Arbeitgeber „in kleiner Runde die Sollbruchstellen erörtern“ wollten, sahen die Gewerkschaften dazu keinen Bedarf und erklärten angesichts der Unverschämtheiten des Arbeitgeberverbandes die Verhandlungs-

runde für beendet. Die nächste Verhandlungsrunde ist am 11.6. in Düsseldorf.

Der Ton und das Verhalten der Versicherten gegenüber den Beschäftigten – in den früheren Jahren doch verhältnismäßig zurückhaltend – wird rüder, wo jetzt Blut geleckt wird. Die Frage ist, wann auch die Versicherungsangestellten ihre bisherige Zurückhaltung aufgeben.

res

Freudenberg-Konzernleitung nutzt Firmenaufspaltung

Gelingt Generalangriff aufs freie Wochenende?

Firma Freudenberg Weinheim, ein Betrieb mit verschiedenen Werken: Die Forderungen der Unternehmensleitung sind alt: Das Wochenende soll (möglichst vollständig und möglichst billig) in die normale Arbeitszeit einbezogen werden. Die Arbeitszeit soll sich ausschließlich nach den jeweiligen wechselnden betrieblichen Anforderungen richten. Individuelle Gleitmöglichkeiten, vor Jahren als große Errungenschaft verkauft, sollen stattdessen gestrichen werden. Das Personal könnte dann weiter reduziert werden.

Die Freudenberg-Unternehmensleitung setzt jetzt wohl zum koordinierten Generalangriff auf das freie Wochenende in den einzelnen Kommanditgesellschaften (KGs) an, nachdem in früheren Jah-

ren ihre Versuche noch weitgehend erfolglos geblieben waren.

Im Odenwald liegt die weitgehendste Forderung auf dem Tisch: Die Belegschaft im Zweigwerk Reichelsheim samt Betriebsrat und Gewerkschaft sollen wegen dort derzeit vorhandener roter Zahlen auf alle tariflichen Ansprüche verzichten: Arbeitszeitverlängerung auf die 40 Stundenwoche (statt 37) ohne Lohnausgleich, Lohnsenkungen, Streichung von Weihnachtsgeld und Teilen des Urlaubsgelds... Die Liste ist lang und ungeheuerlich und rechtswidrig. Ein Exempel soll statuiert werden: Gelingt es, die Belegschaft in die Knie zu zwingen, so wird das ganze in den anderen Zweigwerken sofort weitergehen.

Für die Gesellschaft „Technischer

Handel Freudenberg“, die über viele Niederlassungen (eine davon in Weinheim) verfügt, wurde angekündigt, man werde sich auch in Weinheim den bisherigen Tarifen nicht mehr unterwerfen, sondern (weit niedrigere) Großhandelstarife anwenden.

In einer ganzen Reihe von Freudenberg-Gesellschaften finden sich derzeit die Betriebsratsgremien (viele von ihnen bestehen – nach der Freudenberg-Aufspaltung – aus Mitgliedern, die erstmals in einem solchen Gremium mitarbeiten) unter heftigem Druck: Arbeitszeitvereinbarungs-Entwürfe und unverschämte Forderungen liegen auf dem Tisch.

Gestartet worden war die konzertierte Aktion im Viledon (FV-KG): Dort wurde jetzt mit dem Betriebsrat, hinter dem Rücken der Belegschaft, eine sogenannte Rahmenvereinbarung zunächst nur für den Produktionsbereich getroffen, die erstmals den Boden für regelmäßige zuschlagsfreie Samstagsarbeit ebnet. Überstunden und deren Zuschläge sollen beseitigt werden; nicht jedoch etwa durch Beschränkung auf die normale Arbeitszeit, auch nicht durch deutlich mehr Personal, sondern sie sollen aufgefangen werden durch ein „Langzeitkonto“. D.h. Stunden über die tarifliche Arbeitszeit (37h/Woche) hinaus (im Dreischichtbetrieb also Samstag und Sonntag!) werden angeordnet bzw. mit dem Betriebsrat vereinbart und werden auf einem Arbeitszeitkonto gesammelt. Je nach betrieblicher Notwendigkeit werden sie dann durch Freizeit in „beschäftigungsarmen Zeiten“ abgebaut oder aber ausbezahlt.

Der Betriebsrat der FV-KG stimmte dieser „Rahmenvereinbarung“ leider mehrheitlich im Schweinsgalopp zu, obwohl in einer Unterschriftensammlung über 600 Beschäftigte aus dieser KG (von ca. 1000 gewerblichen Beschäftigten) „vor dem Abschluß“ der Vereinbarung eine Betriebsversammlung gefordert hatten (und der BR auch gesetzlich verpflichtet ist, diese Versammlung durchzuführen).

Mittlerweile haben sich rund 200 Beschäftigte, die sich vom Betriebsrat „verraten und verkauft fühlen“, direkt an die Gewerkschaft gewandt, um dort die Unterstützung zu bekommen, die der Betriebsrat mehrheitlich hat vermissen lassen.

Noch unverschämter sind die ultimativen Forderungen, die die Unternehmensleitung über die Geschäftsleitung der „Dichtungs- und Schwingungstechnik KG“ (DS) dem dortigen Betriebsrat präsentierte:

Hier soll der schon bisher bestehende sogenannte „Zeitkorridor“ erweitert werden: Die wöchentliche Arbeitszeit soll um +/- 8 Stunden (zwischen 4 und 6 Arbeitstagen) erhöht oder gesenkt werden können, je nach Bedarf, obwohl dies klar den bestehenden Tarifvertrag bricht.

Die (zumindest auch individuell nutzbare) Gleitzeit soll abgeschafft werden, und nur noch in „produktionsfernen Be-

reichen“ gelten. Überstunden will man auch hier nicht durch zusätzliches Personal, sondern durch ein Langzeitkonto auffangen: Bis zu +/- 160 Stunden sollen angesammelt werden. Nach 12 Monaten sollen die Stunden dann abgefeiert oder zuschlagfrei ausbezahlt werden, jeweils so wie es dem Betrieb gerade paßt. „Atmende Fabrik“ nennen sich solche Konzepte, die die Arbeitszeit des vorhandenen Beschäftigtenkörpers ausdehnen und verengen je nach den jeweiligen betrieblichen Wünschen.

In den letzten Jahren haben sich die Betriebsratsgremien – vor allem auch dank eindeutiger Willensbekundungen der Belegschaften – der ausschließlichen Ausrichtung der Arbeitszeit an betrieblichen Interessen widersetzen können. Diese Mitbestimmung der Betriebsräte soll ausgehebelt werden. Kollektiv will der Betrieb die Arbeitszeit bei Bedarf verlängern können, mit einer Ankündigungsfrist von einer Woche. Ebenso soll bei Bedarf in „beschäftigungsarmen Zeiten“ angeordnet werden dürfen, daß „bis zur unteren Grenze des Arbeitszeitkontos“ Freizeit zu nehmen sei.

Zunächst in einem kleineren Bereich in DS sollen nun „Dauerläuferinseln“ genannte Produktionseinheiten aufgebaut werden. Diese sollen rund um die Uhr von Montag bis Sonntagmorgen laufen. Das passende „Arbeitszeitmodell“ wurde auch schon präsentiert: Täglich 4 Schichten à 6 Stunden, offenbar weil die hier vorgesehene weitere Intensivierung der Arbeit auch in den Augen der Führungskräfte eine effektive Auslastung für volle 8 Stunden gar nicht mehr zuläßt. Nebenbei müßten dann – nach dem neuen Arbeitszeitrechtsgesetz – auch keinerlei Pausen mehr gewährt werden, was den kontinuierlichen Produktionsprozeß noch mehr beschleunigen würde...

Um den DS-Betriebsrat und die Beschäftigten klein zu kriegen und zur Hinnahme des Horrorkatalogs wurde das Ganze „garniert“ mit der unverblühten Erpressung, die betreffende Produktion würde sonst in England aufgebaut werden. Dort besteht ein Freudenberg-Werk ohne Arbeitnehmervertretung und ohne Gewerkschaft, in einem ehemaligen Kohlerviertel mit den höchsten Arbeitslosenquoten ... HS (Gegenwind Weinheim)

Bau-Nachverhandlungen

Lohnfortzahlung: zu teuer bezahlt

Nachdem die Große Tarifkommission der IG BAU den für das Baugewerbe gefällten Schlichterspruch (siehe PB 10/97) abgelehnt hatte, kam es zu Nachverhandlungen zwischen den Tarifparteien.

Die Änderung des Schlichterspruchs betrifft die ersten drei Wochen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall:

Für die ersten drei Krankheitstage erhalten Arbeiter und Azubis 80 Prozent. Zusätzlich werden zwei Stundenlöhne für jeden dieser Tage vom Weihnachtsgeld abgezogen, also eine rückwirkende Kürzung auf 55 Prozent. Ab dem vierten Tag bis zum Ende der dritten Woche gibt es „100“ Prozent ohne Stundenabzug beim Weihnachtsgeld, von da an gilt die in der letzten Ausgabe der *Politischen Berichte* beschriebene Regelung aus der Schlichtung. Dafür wird das zusätzliche Urlaubsgeld für alle von 30 auf 25 Prozent gekürzt, was für einen Facharbeiter rund 300 bis 400 DM brutto jährlich ausmacht.

Es ist ja wichtig, wenn vor allem längerfristig Kranke erst mal 100 Prozent bekommen, um finanziell nicht in Schwierigkeiten zu kommen. Aber: Bilanz gemacht wird am Jahresende. Wer z.B. eine Woche krank ist, hat die zwei Tage die er „100“ Prozent bekommt, durch die sechs Stunden Abzug vom Weihnachtsgeld in den ersten drei Tagen, um 2,8 Stunden bzw. 46 Prozent überkompensiert. Wer drei Wochen am Stück krank ist, kompensiert die zwei Wochen, die er „100“ Prozent bekommt dadurch und durch die Kürzung des zusätzlichen Urlaubsgeldes. Bei sechs Wochen Krankheit werden die letzten drei Wochen so nur 75 Prozent bezahlt. Um 400 Millionen DM werden die Kapitalisten so jährlich entlastet, selbst Küchler vom Arbeitgeberverband spricht von einer Überkompensation der Lohnfortzahlung. Insgesamt, mit der Kürzung des Weihnachtsgeldes, verliert jeder Bauarbeiter, ob krank oder nicht, 600 bis 700 DM vom Jahreseinkommen. tja



Das ist das Problem, wenn die Wenigen leiten und verteilen: Die, die da bestimmen, wollen das meiste vom Ganzen selbst behalten. Carl Scharnberg, Grafik: Thomas Kruse

HBV will bei Banken Tarifregelung durchsetzen

Wir veröffentlichen aus der Nummer 10 des „Bankfurter“, einer Zeitung der HBV Frankfurt, einen Artikel zum Thema: Ist der Freizeitausgleich für AT-Angestellte genauso zwingend wie für die tariflich Beschäftigten oder ist eine pauschale Abgeltung von Mehrarbeit durch das (außertariflich) vereinbarte Gehalt zulässig.

Auch bei Mehrarbeit von AT-Angestellten ist eine Abgeltung vorzunehmen. Die Mitbestimmung bei Überstunden durch die Betriebsräte kann helfen, eine tarifliche Regelung durchzusetzen. Der Tarifabschluß 1996 regelt die Abgeltung von Mehrarbeit im Bankenbereich neu. Es gilt nun der Grundsatz, daß Mehrarbeit und Zuschläge in Freizeit abzugelten sind. Diese Grundregel gilt für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, also Tarifangestellte und sogenannte AT-Angestellte.

Die Gewerkschaft hbv erreichen immer wieder Anfragen bezüglich der Mehrarbeitsabgeltung bei AT-Angestellten. Die Bankarbeitgeber nehmen einen Freizeitausgleich nicht vor. Sie stellen sich auf den Standpunkt, Mehrarbeit sei mit dem Gehalt bzw. der Tantieme abgegolten. Diese Auslegung widerspricht dem seit Sommer 1996 geltenden Tarifvertrag. Im Hinblick auf das Thema Beschäftigungssicherung ist die Umsetzung des Tarifvertrages, also der Freizeitausgleich und die Durchsetzung der Regelarbeitszeit von 39 Stunden in der Woche von immenser Bedeutung.

Der Tarifvertrag ist Grundlage für das Arbeitsverhältnis von Tarifangestellten und sogenannten AT-Angestellten.

Der Tarifvertrag ist als Mindestregelung für alle Arbeitsverhältnisse einzuhalten. Die einzige Ausnahme von der Tarifregelung betrifft das Gehalt von AT-Angestellten: Hier kann zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer eine einzelvertragliche Regelung über die Gehaltsbemessung vereinbart werden. So die Kommentierung des Arbeitgeberverbandes. Alle sonstigen Bedingungen des AT-Angestellten müssen mindestens dem Tarifvertrag entsprechen.

Grundsätzlich gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ob Tarifangestellte oder sogenannte AT-Angestellte – als Arbeitszeit die 39-Stunden-Woche. Grundsätzlich gilt auch, daß Mehrarbeit nur im Rahmen des Tarifvertrages zulässig ist.

Dies bezieht sich vor allem auf die Punkte des Tarifvertrages, nach denen Mehrarbeit nur ausnahmsweise geleistet werden darf. Durch eine pauschalierte Abgeltung der Mehrarbeit kann also nicht eine Regelung geschaffen werden, derzufolge ein Arbeitnehmer – hier ein AT-Angestellter – regelmäßig mehr Stun-

den zu leisten hat als es die tarifvertragliche Regelarbeitszeit vorsieht. Die grundsätzliche Vergütungspflicht für Mehrarbeit ergibt sich insbesondere auch aus der Protokollnotiz Nr.1 zu 1, Manteltarifvertrag. Hieraus ergibt sich, daß in jedem Falle Mehrarbeit zu vergüten ist. Es wird nur weiterhin festgehalten, daß im Rahmen einer Sonderregelung Mehrarbeitsvergütung pauschaliert vergütet werden kann. Es wird in dieser Protokollnotiz, was fälschlich oft so gesehen wird, nicht geregelt, daß Mehrarbeit pauschaliert abgerechnet werden muß oder abzurechnen ist, sondern es ist eine Öffnungsklausel, nach der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Pauschalierung vereinbaren können. Bis zum Abschluß der Tarifrunde 1996 gab es folgende Grundregel für das private Bankgewerbe: Generell ist Mehrarbeit zu vergüten. Arbeitnehmer konnten die Mehrarbeitsleistung bzw. die Zuschläge auch in Freizeit abgelden lassen. Für sogenannte AT-Angestellte konnte die Mehrarbeitsvergütung pauschaliert werden.

Nach der Tarifrunde gibt es eine Neuregelung zur Abgeltung der Mehrarbeit. Danach sind grundsätzlich Mehrarbeit und Zuschläge in Freizeit abzugelten.

Dieser Grundsatz gilt für alle, die dem Tarifvertrag unterliegen. Dies sind die Tarifangestellten und die sogenannten außertariflichen Angestellten. Eine Abweichung ist nicht zulässig. Die Banken vertreten die Position, daß die pauschalierten Mehrarbeitsvergütungen, die sie mit den AT-Angestellten vereinbart haben, weiterhin gelten sollen. Es ist zu überprüfen, ob eine solche Regelung nach Abschluß des Tarifvertrages im Jahre 1996 weitergelten kann. Unterstellt, die Banken hätten recht, so würde das bedeuten, daß die Bankarbeitgeber mit jedem Arbeitnehmer – also auch Tarifangestellten vereinbaren könnten, daß eine Bezahlung möglich ist. Dieses würde aber die Grundsatzregel des Tarifvertrages aushöhlen.

Es muß in jedem Einzelfall für außertarifliche Angestellte ein Ausnahmefall vorliegen, falls eine Bezahlung, ob nun einzeln abgerechnet oder pauschaliert, vorgenommen wird und noch gültig ist. Insofern trifft natürlich der Tarifabschluß bisherige Regelungen, die dem neuen Tarifvertragsinhalt anzupassen sind. So, wie es für Tarifangestellte seit Abschluß des Tarifvertrages keine Bezahlung mehr gibt (auch wenn sie es gerne hätten), gilt dies auch für sogenannte außertarifliche Angestellte. Dies kann sich natürlich auf die Gehaltshöhe, z.B. Abschlußtantieme, auswirken. Dies ist die gleiche Auswirkung wie für Tarifangestellte, die bisher bezahlte Mehrarbeit geleistet haben und zukünftig dafür kei-

ne Bezahlung mehr erhalten. In diesem Fall reduziert sich auch deren Jahreseinkommen.

Es ist Pflicht der Banken, die ja Tarifvertragsparteien sind, die tarifvertraglichen Regelungen, wie sie abgeschlossen wurden, umzusetzen und somit auch notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Es gehört zu der Aufgabenstellung der Betriebsräte, die Einhaltung des Tarifvertrages bei der Zustimmung zur Mehrarbeit genau zu beachten. Da der Tarifvertrag von Ausnahmen spricht, muß dem Betriebsrat bei der vorgenommenen Variante, daß Mehrarbeit bezahlt werden soll, mitgeteilt werden, ob es sich um einen Ausnahmefallbestand (betriebliche oder persönliche Belange) handelt und worin er besteht.

Bei der Frage der Anwendung des Tarifvertrages sind beide Parteien – sowohl Arbeitgeber als auch Betriebsrat – gebunden.

Es wäre eine tarifwidrige Angelegenheit, wenn generell alle außertariflichen Angestellten eine Bezahlung der Mehrarbeit weiterhin erhielten und somit hier unterstellt würde, es handle sich um einen Ausnahmefallbestand gemäß Tarifvertrag. Solange die tariflichen Bedingungen nicht eingehalten werden, kann und muß der Betriebsrat seine Zustimmung verweigern. Er darf nur unter Einhaltung des Tarifvertrages seine Zustimmung erteilen. Da es Auslegungsspielräume zum Thema Ausnahmefallbestand gibt, gibt es auch inhaltliche Spielräume, die den Betriebsparteien zugänglich sind. Somit gibt es auf jeden Fall ein Mitbestimmungsrecht, welches bei Mehrarbeit von AT-Angestellten in dieser Frage auszuüben ist. Die Betriebsräte könnten auch die Zustimmung zur Mehrarbeit verweigern, wenn sie weiterhin feststellen müssen, daß die Arbeitgeber sich nicht an die Grundregeln des Tarifvertrages zur Abgeltung von Mehrarbeit halten, um somit sicherzustellen, daß der Arbeitgeber seine Position verändert.

Der Hintergrund für die Veränderung des Tarifvertrages im Bereich Mehrarbeit war aus Arbeitnehmersicht Beschäftigungssicherung.

Dies ist nach wie vor ein wichtiges Thema. Somit geht es um die Einhaltung der Regelarbeitszeit und die Durchsetzung von Beschäftigungsanbau bzw. -sicherung in den Fällen, in denen Mehrarbeit vorliegt. Durch Freizeitausgleich kann eine kontinuierliche Beschäftigung auf der Basis der Regelarbeitszeit die Norm werden. Dies ist Bestandteil des Tarifergebnisses, welches beide Tarifparteien unterschrieben haben und muß dann auch von den Tarifpartnern, insbesondere den Banken, umgesetzt werden.

hbv im Solinet

„Für einen Frieden jenseits von Befriedung!“

**Interview mit Sotero Llamas, Berater der NDFP-Delegation,
bei den laufenden Friedensverhandlungen mit der philippinischen Regierung**

In den Augen des philippinischen Geheimdienstes gilt Sotero Llamas als Mitglied des Zentralkomitees der CPP, als früherer Sekretär deren (südöstlich von Manila gelegenen) Bicol Regional Committee und Ex-Kommandeur der dort operierenden NPA-Verbände. Der sich im Gespräch jovial gebende 46jährige Llamas engagierte sich zunächst in der christdemokratisch geprägten Studentenbewegung seines Landes, stieß später zur radikalen Kabataang Makabayan (Patriotischen Jugend) – heute die Jugendorganisation der CPP – und verbrachte, nachdem Präsident Marcos im September 1972 das Kriegsrecht über den Archipel verhängt hatte, über die Hälfte seines Lebens im Untergrund. Grund genug, sich selbst mit stolzem Unterton als „Berufsrevolutionär“ zu bezeichnen.

Als Ende Juni 1995 in Brüssel offiziell die Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und der NDFP begannen, wurden sie nach nur wenigen Stunden wieder ausgesetzt. Streitpunkt: Gemäß dem zuvor beiderseitig ausgehandelten Immunitätsabkommen hätte Sotero Llamas als NDFP-Berater an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Die Regierung in Manila verwies demgegenüber auf die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Philippinen, welcher Llamas, der kurz zuvor (am 17. Mai 1995) während eines Feuergefechts zwischen NPA-Verbänden und den regulären Streitkräften in der Provinz Sorsogon verwundet und verhaftet worden war, die vorzeitige Haftentlassung und Ausreise nach Belgien verweigerte. Seit seiner Freilassung am 21. Juni 1996 fungiert Llamas als NDFP-Berater und hält sich seit einiger Zeit in Westeuropa auf.

Rainer Werning interviewte Herrn Llamas über die Entwicklungen und Perspektiven der NDFP. Hier die wesentlichen Passagen des vierstündigen Gesprächs:

Etwa fünf Jahre sind seit dem Höhepunkt der NDFP-internen Debatte vergangen. War diese in der Form, wie sie geführt wurde, notwendig, und zu welchen Ergebnissen hat sie ihrer Meinung nach geführt?

Die Debatte hat tatsächlich die NDFP als Organisation sowie die nationaldemokratische Bewegung insgesamt zeitweilig in ein düsteres Licht getaucht und uns ein schlechtes Image beschert. Trotz aller Rückschläge, die der Fraktionismus mit sich brachte, ging es der NDFP darum, ihre eigenen Reihen zu säubern und sich von den schärfsten Kritikern und Gegnern der CPP zu trennen. Unsere Einschätzung ist, daß sich in dieser Auseinandersetzung zwei Lager unversöhnlich gegenüberstanden – hier die aufrechten

Kader der CPP, dort die Fraktionisten, Abenteurer, Revisionisten und städtischen Insurrektionisten wie Kintanar, Reyes, de Vera, Lagman und Tabara (alleamt hochrangige Ex CPP und -NPA-Funktionäre; R.W.). Bedenken Sie nur, was aus ihnen geworden ist! Sie haben sich ausnahmslos auf die Seite von Ramos geschlagen und ihren Frieden mit dem Regime geschlossen.

Unmittelbar nach meiner Gefangennahme kam Brigadegeneral Benjamin Libarnes, Chef des Geheimdienstes der Streitkräfte, in meine Zelle im Camp Aguinaldo und mühte sich vergeblich ab, mich als Mitarbeiter der sogenannten „Strategic Studies Unit“ zu rekrutieren, die sich dem Studium und der Auswertung von NPA-Dokumenten und -Positionspapieren widmet. Er redete lange auf mich ein und versuchte, mich davon zu überzeugen, der Bewegung, die – so Libarnes wörtlich – „sich von ihrer Zersplitterung ohnehin nicht mehr erholen wird“, den Rücken zu kehren und sich endlich wie die oben genannten Renegaten mit der Regierung zu arrangieren. Von Ex-General Raymundo Jarque (einst Kommandeur des 11. Infanteriebataillons und Chef der Aufstandsbekämpfung auf der Visayas-Insel Negros, bevor er in den Untergrund ging und heute ebenfalls als NDFP-Berater fungiert; R.W.) haben wir erfahren daß Tabara mit der Regierung kollaborierte und an der Umsetzung von deren „Oplan Lambat Bitag I (wörtlich: ‚Operationsplan Netzfall‘, das staatliche Counterinsurgency-Programm des ‚totalen Krieges‘ gegen die Guerilla; R.W.) aktiv beteiligt war. Solche Leute haben jeglichen Kredit verspielt; sie verfolgen eindeutig eine volksfeindliche Politik.

Notwendige Kurskorrekturen

Andererseits müssen wir eingestehen, daß unsere Massenbasis (als Bezugsgröße gilt NDFP-intern die Zahl von 10 Millionen – etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung – zum Jahreswechsel 1985/86; R.W.) im Prozeß der hitzigen internen Debatte zwar um 60 Prozent geschrumpft ist, wenngleich wir in den vergangenen zwei, drei Jahren wieder an Boden gewonnen und uns konsolidiert haben. Im einzelnen sind die dabei erzielten Erfolge in der diesjährigen „29.-März-Erklärung“ anläßlich des Jahrestages der NPA-Gründung (am 29. März 1969; R.W.) aufgelistet. Nach fünf Jahren haben wir ein klares Bild über unseren eigenen Stand und den unserer Gegner gewonnen und im Verlauf der Auseinandersetzungen Schwächen, darunter Militarismus

und Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit, überwinden können. Mindanao (im Süden des Archipels; R.W.) war ein besonders schwieriges und konfliktträchtiges Operationsgebiet, wo Regierungsspitzen und -informanten die eigenen Ränge zu infiltrieren vermochten und die dort leitenden Kader in hysterischen Überreaktionen wenige tatsächliche Feinde, doch Hunderte von Genossen und Genossen einfach liquidieren ließen ...

...ein veritables Desaster, dessen Nachwirkungen in bestimmten Regionen der Insel bis heute auf Schritt und Tritt zu spüren sind.

Zweifellos. Dieses Krebsgeschwür von KAHOS (wörtlich: „Kampagne Knoblauch“; R.W.) wucherte und erfaßte bald auch andere Regionen. Doch anstatt eine schonungslose Aufdeckung und Ursachenforschung dieser gravierenden Fehler zu betreiben, widersetzten sich die Verantwortlichen der von uns initiierten Berichtigungskampagne, wichen der Kritik aus, wechselten kurzerhand die Fronten, ja biederten sich teilweise dem herrschenden Regime an.

Der Einfluß der vormalig politisch wie militärisch recht einflußreichen NDFP und ihrer Mitgliedsorganisationen ist doch signifikant zurückgegangen; die von Ihnen selbst erwähnten 60 Prozent sind kein Pappenstiel. Zudem fällt auf, daß sich zahlreiche und sich einst positiv auf die NDF bezogene Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und Volksorganisationen (PO's), sofern nicht schon von der Bildfläche verschwunden, gegenseitig beföhden und insgesamt einen eher desolaten Eindruck vermitteln. Wie glauben Sie da Terrain in Ihrem Interesse zurückzugewinnen?

Mitte 1992 gelangten wir auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees der Partei zu der genannten Zahl von 60 %. 1985/86 umfaßte unsere Massenbasis gut 10 Mio. Menschen. Die CPP zählte damals etwa 35 000 Mitglieder und die NPA 25 000 Kämpfer und Kämpferinnen mit zirka 15 000 modernen Schnellfeuerwaffen. Wir operierten damals landesweit in 66 Provinzen. Seit Ende der 70er Jahre bediente sich die NDFP auch jener Kräfte, die Sie NGOs und POs nennen, um die eigene Arbeit im Hinterland auszuweiten und dort neue Guerillabasen und -zonen zu schaffen. Zahlreiche NGOs und Pos leisteten in diesem Sinne durchaus gute Arbeit. Ich kann dies insbesondere für die Bicol-Region bestätigen ... In der Provinz Camarines Sur sowie auf der Insel Masbate wurde unsere Arbeit nicht zuletzt durch das Engagement von NGOs und

POs in dem Maße erleichtert, wie diese Sis (sog. „social investigations“, d.h. Erstellung von politisch-sozialen Dorfprofilen; R.W.) durchführten und sich dort verankerten. Diese streckenweise kongeniale Kooperation geriet zu dem Zeitpunkt in Schwierigkeiten, als einerseits größere NPA-Formationen entstanden und NGOs eigene sozio-ökonomische Projekte in Angriff nahmen. Es entwickelte sich ein „NGO-ismus“...

(Un)Geliebte NGOs

Das sollten Sie genauer erläutern!

Damit meine ich – ohne Namen zu nennen –, daß sich bestimmte NGO's anschickten, Projekte auf eigene Faust durchzuführen ohne Rücksicht auf die jeweiligen Besonderheiten, Ressourcen, Kapazitäten und Absorptionstöglichkeiten. Die Zielbevölkerung vor allem in den Guerillazonen zeigte sich entweder überfordert oder wiegte sich auf einmal in der Gewißheit, daß da etwas für sie auf die Beine gestellt wird. Die Konsequenz: Selbstinitiativen und revolu-

tionärer Elan erlahmten.

Wollen Sie damit sagen, ökonomische Projekte verhindern – bildhaft formuliert – das Aufblühen revolutionärer Knospen? Derartige Projekte können – und das haben sie vielfach auch – die Massenbasis verunsichern, wenn die entsprechenden materiellen und humanen Ressourcen unproportional bzw. zu überdimensioniert ausgelegt sind. Unsere (der CPP- und NPA-; R.W.) Kader müssen und sollen in solchen Situationen in sämtlichen Phasen der Konzeptionierung, Organisation und Implementierung sozio-ökonomischer Projekte beteiligt sein. NGO-Autonomie gebiert Ökonomismus! Anders ausgedrückt, NGOs sollten sich ihrerseits gegenüber unseren Anliegen konform verhalten und den jeweils konkreten Bedingungen Rechnung tragen. Die Crux besteht darin, daß NGOs zuerst an ihre (Selbst)Beschäftigung (employment) anstelle von engagiertem Einsatz (deployment) denken. Sie fördern bürokratische Tendenzen, während wir am bewaffneten Kampf festhalten.

Wie stark schätzen Sie sich gegenwärtig ein? Zahlen sind keineswegs unerwünscht ...

Seit unserer Berichtigungskampagne haben wir beträchtliche Fortschritte erzielt. Die NDF ist gefestigt und landesweit intakt. Der politischen und ideologischen Arbeit schenken wir höchste Aufmerksamkeit. Unsere militärischen Aktionen werden fortgesetzt, allerdings mit geringerer Frequenz. Im Gegensatz zu früher liegt unser Schwerpunkt heute auf organischem, horizontal verlaufendem Wachstum. Wir sprechen deshalb nicht mehr von „mehr konsolidierten“ oder „am meisten konsolidierten Gebieten“ – und gleichsam nicht vom PRG-Konzept (provisorische Revolutionsregierung(en); R.W.). In der bereits angesprochenen „29.-März-Erklärung“ zum Jahrestag der NPA-Gründung betonen wir die Intensivierung des Guerillakrieges. Wie sehr dieser im Hinterland eine Realität ist, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß vielerorts AFP-Verbände (Armed Forces of the Philippines; R.W.) anstelle von

Philippinen: Die Vertagung des letzten Gefechts

Mitte der achtziger Jahre galt das Untergrundbündnis der *National Demokratische Front der Philippinen (NDFP)* mit ihren ein Dutzend sektoralen Gruppierungen, darunter die *Kommunistische Partei (CPP)* und die *Neue Volksarmee (NPA)*, als die weltweit am schnellsten wachsende Guerillabewegung. So jedenfalls sahen das seinerzeit die Strategen des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums und der CIA. Doch der Sturz des 20 Jahre lang amtierenden Despoten *Ferdinand E. Marcos* im Februar 1986 war alles andere als dem erfolgreichen letzten Gefecht der Revolutionäre geschuldet. Es waren vorrangig die metropolitanen Mittelschichten in Manila, welche die Speerspitze eines breiten antidiktatorischen und demokratischen Kampfes bildeten und in den entscheidenden Augenblicken des Machtwechsels ihre Repräsentantinnen – verkörpert in *Corazon „Cory“ C. Aquino* – an die Macht hieften. Wichtige Rückendeckung genoß die neue Präsidentin dabei seitens einer Offiziers- und Politikerkaste um *General Fidel V. Ramos* und *Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile*, die dem Diktator langjährig die Stange gehalten und sich nunmehr hurtig von ihm abgewandt hatten.

Seitdem geriet nicht nur das Weltbild der NDFP ins Wanken, die sich die postdiktatoriale Ära gänzlich anders vorgestellt hatte. Der vormalige ideologische Bezugspunkt, die VR China, büßte im Sog ihres nachholenden kapitalistischen Eifers und des drakonischen Vorgehens gegen innenpolitischen Dissens zunehmend an Faszination ein. Schließlich schien mit der Erosion der realso-

zialistischen Regime in Osteuropa und dem Verschwinden der Sowjetunion das Projekt Sozialismus zu Grabe getragen worden zu sein. Interne Schwierigkeiten taten ein übriges, die NDFP eines Großteils ihrer einst. genossenen Reputation und politisch-ideologischen Stärke zu berauben.

Die Aufarbeitung von Massakern an eigenen GenossInnen löste einen erbitterten Disput über die Ursachen und Konsequenzen eines solch desaströsen Kurses aus. Die vormalig monolithisch auftretende Organisation spaltete sich hoffnungslos in sogenannte *Reaffirmists* und *Rejectionists* – mit bis heute andauernden Folgen. Betrachten erstere die philippinische Gesellschaft nach wie vor als semi-feudal und semi-kolonial sowie den langwierigen Volkskrieg zwecks Schaffung einer volksdemokratischen Regierung als gültig, verfolg(t)en letztere die Strategie eines politisch-militärischen Kampfes inklusive städtischer Insurrektionen, um die Machtfrage in ihrem Sinne zu lösen. Bisheriges Fazit: Die Linke insgesamt hat schwere Rückschläge erlitten, die CPP/NPA versucht, verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen. Derweil brüstet sich Präsident Ramos damit, sein Land allmählich in einen „Tiger“ zu verwandeln, der zum großen Sprung ins nächste Jahrtausend ansetzt und die Inseln in den erlauchten Kreis der asiatisch-pazifischen Erfolgsökonomien einführt. Dazu bedarf es unbedingt stabiler und friedlicher innenpolitischer Zustände. So sind denn seit Jahren Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen der Regierung in Manila mit der in Utrecht residierenden (Reaffirmist-)Exilführung der NDFP im Gange, die – hauptsächlich in verschiedenen Orten der Niederlande geführt –

in die entscheidende Phase treten

Präsident Ramos ist daran gelegen, schnellstmöglich zu einem Schluß mit der NDFP zu kommen. Mit den innermilitärischen Kontrahenten der RAM, den Nachfolgern der Mitte der achtziger Jahren entstandenen „*Reformbewegung der Streitkräfte*“, konnte er bislang ebenso Frieden schließen wie mit der von Nur Misuari befehligten *Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF)*, deren Kampf für Autonomie seit Beginn der siebziger Jahre etwa 120.000 Menschen das Leben kostete, immense materielle Verwüstungen auf den Südselseln Mindanao und Jolo hinterließ und zwischenzeitlich Zehntausende Flüchtlinge ins benachbarte malaysische Sabah verschlug. Friedensverhandlungen laufen überdies zwischen der Zentralregierung in Manila und der *Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF)*, einer Abspaltung von der MNLF, die immer noch – allerdings ohne reale Erfolgsaussichten – die Bildung eines unabhängigen islamischen Staates im Süden des Archipels avisiert. Ramos Kalkül ist eindeutig: Er möchte als Friedensstifter in die Annalen der Geschichte seines Landes eingehen. Und dazu verbleiben ihm nur noch wenige Monate. Im Mai nächsten Jahres stehen Präsidentschaftswahlen ins Haus, die ihm – so jedenfalls sieht es die Verfassung vor – eine Wiederwahl nicht gestatten.

Rainer Werning

Literaturhinweis zum Thema:

Rainer Werning, „CPP – Phönix aus der Asche oder im Abwind? Kritische Anmerkungen zur Debatte in der philippinischen Linken“, Freiburg/Altenberge (Mai) 1993: WURF Verlag, 100 S., 15.-DM.

Bezug über: Philippinenbüro e.V. im Asienhaus. Bullmannau 11, D-45327 Essen Tel.(0201) 8303828 oder Fax: (0201) 8303830

PNP-Einheiten (Philippine National Police; R.W.) gegen die Guerilla eingesetzt werden. Natürlich kommt es vor, daß sich letztlich AFP- und PNP-Leute gegenseitig befehlen oder auch mit den paramilitärischen CAFGUs in Clinch geraten. Das kann uns nur recht sein und häufiger passieren ...

Die Regierung in Manila will die NDFP ein für allemal ausschalten und hat deshalb vor Jahren ihre perfide „total war“-oder „total approach“-Strategie verkündet. Sie sprechen Ihrerseits in den einschlägigen Dokumenten von „total victory“. Soviel kategorische Totalität verheißt für beide Seiten partout nichts Gutes.

Dazu nur soviel: Das „total victory“-Konzept wird überdacht; vor allem die früheren Abenteurer in der Partei haben diesen Terminus in Mißkredit gebracht. Wir befinden uns heute im Stadium der strategischen Defensive – in etwa vergleichbar dem Stand von 1982/83, als unsere Bewegung beträchtlich expandierte ...

.... Bewegung in der Starrheit also?

Nein, das sehe ich nicht so!

Verhaßtes Ramos-Regime

Was wird auf sozio-ökonomischen Gebiet getan, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden und ihre Lage zu verbessern?

Ramos betreibt – gemeinsam mit der CIA – eine Schmierenkampagne wie beispielsweise das Regime in Peru gegenüber den Revolutionären dort. LIC (Krieg niedriger Intensität; R.W.), Lambat Bitag und das Konzept des „total war“ bleiben Leitplanken seiner Politik, wenngleich er andererseits von „Philippines 2000“ schwärmt.

Darüber wird noch zu sprechen sein.

Nun gut, jedenfalls tun wir unsererseits alles, der Politik den Vorrang einzuräumen, unbedingt das Rechtssystem in den Gebieten, wo wir operieren, zu stärken, die Landreform zu forcieren und Wucherpraktiken zu bekämpfen. Gerade was das Rechtswesen betrifft, gilt es aus KAHOS zu lernen, daß bei der Behandlung von tatsächlichen und/oder vermeintlichen Gegnern Folter unter keinen Umständen angewandt werden darf und strikt der Grundsatz beherzigt wird, jemanden als unschuldig zu betrachten, solange nicht eindeutig der Gegenbeweis erbracht worden ist.

Es ist ja schon mehr als ironisch, daß seit 1992 mit Fidel V. Ramos ausgerechnet einer der Haupt-Kriegsrechtsverwalter der Marcos-Diktatur im Präsidentenpalast zu Malacanang residiert, der überdies langjährig Chef der aufgrund ihrer notorischen Menschenrechtsverletzungen national wie international geächteten „Philippine Constabulary/Integrated National Police“ war. Wie schätzen Sie seine Regierung vis-à-vis seinen beiden Vorgängern ein?

Ramos, von lediglich 23 % der Wähler gewählt, ist ein Faschist, mit liberaldemo-

kratischem Überguß. Marcos war ein Faschist bis auf Mark und Knochen. Aquino umgab ihr reaktionäres Regime mit einer liberaldemokratischen Fassade. Ramos ist außerdem ein professioneller Soldat – zwar ohne nennenswerte Gefechtsauszeichnungen, doch zweifellos ein Experte der psychologischen Kriegsführung. Nicht zuletzt deshalb wandte er sich in den entscheidenden Augenblicken des zusammenbrechenden Marcos-Regimes von seinem Gönner und Ziehvater ab! Ramos war es auch, der Aquino, Salonga und Mitra (alles Ex-Senatoren und zur Zeit der Verlängerung des Kriegsrechts in Opposition zu Marcos stehende Politiker; R.W.) festnehmen ließ.

Ramos läßt nicht locker, die sogenannten Anti-Terrorismus-Gesetze durchzusetzen. Auch ist nicht abzusehen, ob er nicht doch noch Manöver inszeniert, um über das Jahr 1998 hinaus an der Macht zu bleiben. Bei entsprechenden Plebiszitvorschlägen hat er sich auffällig – implizit wohlwollend – zurückgehalten. Unbestritten ist er ein treuer Diener imperialistischer Interessen; das hat er wiederholt im Umgang mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und selbst da unter Beweis gestellt, als es galt dem GATT-Nachfolger WTO (Welthandelsorganisation; R.W.) beizutreten.

Des Präsidenten Lieblingsthema ist sein Plan „Philippines 2000“; mit dem er die Inseln an die ökonomisch überaus erfolgreichen südost- und ostasiatischen Anrainer andocken will. Welche Erfolgchancen räumen Sie ihm ein?

Sehen Sie, wir haben mittlerweile 7 Millionen OCW (überseeische KontraktarbeiterInnen; R.W.), die den mit Abstand größten Teil der im Lande dringend benötigten Devisen erwirtschaften. Das Regime fährt fort, Menschen anstelle von Produkten zu verhökern! Egal, welche Regierungsstatistiken Sie auch heranziehen, Fakt ist, daß kumuliert etwa 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung unter- und unbeschäftigt sind. Lediglich ein Viertel der alljährlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Menschen findet einen Job. Ca. 70 % der Bevölkerung können als arm eingestuft werden, die an oder unterhalb der Schwelle des Existenzminimums leben. Eine Land- und Agrarreform war für Ramos nie eine Priorität, bzw. sie ist durch vielfältige Tricks und Machinationen unterlaufen und ausgehebelt worden. Die in den vergangenen Jahren überschwänglich gepriesenen Wachstumsraten von 6 Prozent halte ich schlichtweg für mathematische Schönrechnerei; von diesem in erster Linie konsumorientierten Schub profitieren zuvorderst die Eliten und Kompradoren. Damit sich daran strukturell nichts ändert, läßt Ramos, wenn nötig, immer noch Militär und Polizei aufmarschieren. Das geschah in großem Stil anläßlich der letztjährigen APEC-Konferenz (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation; R.W.) in Subic Bay, als Tausende von Familien gewaltsam aus Slumgebieten vertrieben

wurden, um zweifelhaften Stadt-sanierungsprojekten einen den Weg zu ebneten. Und das geschieht vielerorts im Lande, um gleichsam zweifelhafte Großprojekte durchzuboxen – eine Praxis, die zu Recht als Entwicklungsaggression gebrandmarkt wird.

„Ein Diktatfrieden kommt für uns nicht in Frage!“

Ramos scheint bemüht zu sein, sich als Friedensapostel zu gerieren. Sein letzter großer Coup war der am 2. September 1996 vollzogene Schulterschuß mit der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF)! Trifft es zu, daß Ihre Genossen im Utrechter Exil – darunter namentlich der CPP-Gründungsvorsitzende und Chefberater der NDFP-Delegation bei den laufenden Friedensverhandlungen Jose Maria Sison, mithin Ihr Kollege – den MNLF-Vorsitzenden Nur Misuari des „Kapitulatismus“ geziehen haben?

Hochrangige Regierungsvertreter in Manila werden nicht müde zu betonen, Ramos' Traum sei der eines Friedensbringers. Betrachten wir die abgeschlossenen Friedensverhandlungen genauer, müssen wir feststellen, daß es sich dabei lediglich um eine – aus Ramos' Sicht – gelungene Kooptationspolitik handelte. Die RAM ist seinerzeit vom State Department (US-Außenministerium; R.W.) und der CIA ausgeheckt und später von Enrile (Ex-Verteidigungsminister; R.W.) mitfinanziert worden, eine üble Truppe, deren Mitglieder berüchtigte Folterknechte in der Marcos-Ära waren und mit der selbst Ramos' Sicherheitsberater José Almonte sowie der jetzige Senator und einstige Panzergeneral Biazon liiert waren. Mit RAM einen Friedensdeal ausgeheckt zu haben, heißt nichts anderes, als daß Ramos mit einem Teil seiner selbst Frieden geschlossen hat. Übrigens: Das waren die schnellsten Verhandlungen dieser Art, die jemals stattgefunden haben. Und die MNLF? Viele Indizien sprechen dafür, daß Nur Misuari unter enormem Zugzwang seitens der OIC (Organisation Islamischer Konferenz; R.W.) stand und ein Opfer von politischem Schacher des indonesischen Präsidenten Suharto geworden ist. Wir verfügen aus dem Umfeld von Misuari ... über Informationen, wonach Suharto ihm brüsk beschieden haben soll: „Verhandeln Sie jetzt und kommen Sie endlich zu einem Friedensschluß, oder aber Sie werden stets mit leeren Händen und als hoffnungsloser Verlierer dastehen.“ Kein anderer in der Region hat so lange das klassische Teile-und-Herrsche-Prinzip praktiziert wie Ex-General Suharto. Sich darauf eingelassen zu haben, entsprach eine Geste der Unterwürfigkeit und lief tatsächlich auf Kapitulation hinaus.

Nun verhandeln Sie selbst seit längerem mit der Ramos-Regierung. Wie ist der aktuelle Stand, welche Punkte sind oder bleiben strittig und wie geht's weiter? Stehen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß und welche Kernpunkte bein-

halten sie?

Die erwähnten Friedensverhandlungen ... hatten allesamt einen Haken; sie bezogen sich jeweils positiv auf die entsprechende Verfassung der verhandlungsführenden Regierung(svertreter) bzw deren Staaten! Das leistete Tendenzen von Kooptation Vorschub.

Die NDFP/CPP hat aus solchen Erfahrungen Lehren gezogen: Wir haben eindeutig die politischen Richtlinien der Verhandlungsführung festgelegt und bereits 1994 in der sogenannten Den Haag-Vereinbarung darauf gedrängt, daß einzig auf der Basis international anerkannter Verträge über die Wahrung der politischen, sozialen und kulturellen sowie Menschenrechte Friedensgespräche mit der Regierung in Manila geführt werden sollen. Wir verhandeln folglich weder auf der Grundlage und/oder in Anerkennung der philippinischen Verfassung noch auf der Basis unseres eigenen (der NDFP; R.W.) 12-Punkte-Programms. Uns geht es um zweierlei: Neben der Respektierung als gleichberechtigter Protagonist verhandeln wir auf neutralem Boden – in diesem Falle in den Niederlanden –, um es der anderen Seite nicht zu gestatten, wie das unmittelbar nach dem Amtsantritt Aquinos (1986) während der in Manila geführten Waffenstillstandsverhandlungen geschah, uns von wimmelnden Geheimdienstlern einschüchtern zu lassen. Solche Verhandlungen in „der Höhle des Löwen“ bescherten dem militärischen Geheimdienst etliche Erfolge, gaben unnötig logistische Geheimnisse preis und führten landesweit zur gleichsam unnötigen Festnahme von zirka 100 CPP/NPA-Kadern. Das war keine genuine Friedenssuche, sondern ein verdeckter Krieg, um uns in die Knie zu zwingen!

Auch bei den Verhandlungen zwischen den Regierungen El Salvadors und Guatemalas und der FMNL bzw URNG bezog man sich letztlich positiv auf die Verfassung der jeweiligen Länder. Das birgt ziemliche Probleme in sich. Was schließlich die Anerkennung der NDF als kriegsführende Partei (status of belligerency) betrifft, wogegen sich Manila bislang vehement angestemmt hat, wird uns niemals freiwillig zuteil und auf dem Tablett serviert; um diesen Status müssen wir ringen. Auf eine Kurzformel gebracht: Wir kämpfen, während wir verhandeln, und wir verhandeln, während wir weiterkämpfen. Das vietnamesische Beispiel ist da sehr lehrreich.

Können Sie sich eine NDFP vorstellen, die sich analog den Entwicklungen in Mittel- und Südamerika als legale politische Partei bzw. als Parteienbündnis konstituiert und gar an Wahlen teilnimmt?

Llamas: Darüber haben wir noch nicht nachgedacht. Einstweilen gehen wir davon aus: Bewaffneter Kampf + Friedensverhandlungen + Wahlkampf bilden eine Einheit und werden uns dem Frieden näherbringen. Andernfalls ist das kein Frieden, sondern Befriedung! •

Reportagen aus der Guerillabewegung im Kongo

„Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren“

Eine äußerst glückliches Zusammenfallen zweier Ereignisse bilden den aktuellen Hintergrund dieses Buches. Die Entwicklung in der ehemaligen belgischen Kolonie Kongo (heute Zaire), insbesondere in seinem Westteil in den 60er Jahren, wird durch die laufende Situation ins Blickfeld gerückt. Gleichzeitig jährt sich zum 30. Mal das Jahr, in dem Che Guevara ermordet wurde. Das ID-Archiv hat eine Übersetzung der Ereignisse im Kongo vorgelegt, die vor drei Jahren bereits in spanischer Sprache erschienen war: Aus unterschiedlichen Quellen wurde ein etwa sechsmonatiger Ablauf Mitte der 60er Jahre wiedergegeben, die auch für westeuropäische Linke noch einigen Wert haben könnten.

Äußerlich interessierte an der Darstellung des Lebens von Che Guevara seine Feinde offenbar erstmal, was er ab Mitte März 1965 gemacht hat, nachdem er nirgendwo mehr ausfindig gemacht werden konnte. Zwar vermutet der CIA ihn irgendwo in Afrika, konnte dafür aber keinen Beweis vorlegen. Andere Propagandastellen wollten wissen, daß er mit Fidel Castro in Cuba in Fehde lag, wieder andere berichteten verschiedentlich von seinem Tod. Tatsächlich hat sich Che Guevara mit Zustimmung der cubanischen Führung über Tansania in den Kongo begeben, wo er sich an dem dortigen Befreiungskampf zu beteiligen erhoffte.

Der Bericht über die dortigen Erfahrungen ist unter verschiedenen Aspekten von Interesse: zunächst einmal die Frage nach der Rolle der antikolonialen Bewegung in Afrika, nach der Entwicklung der Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Länder, nach den Zielen der (heute erneut aktiven) Bewegung um Laurent Desiré Kabila und der internationalistischen Solidarität, wie Cuba sie ver-

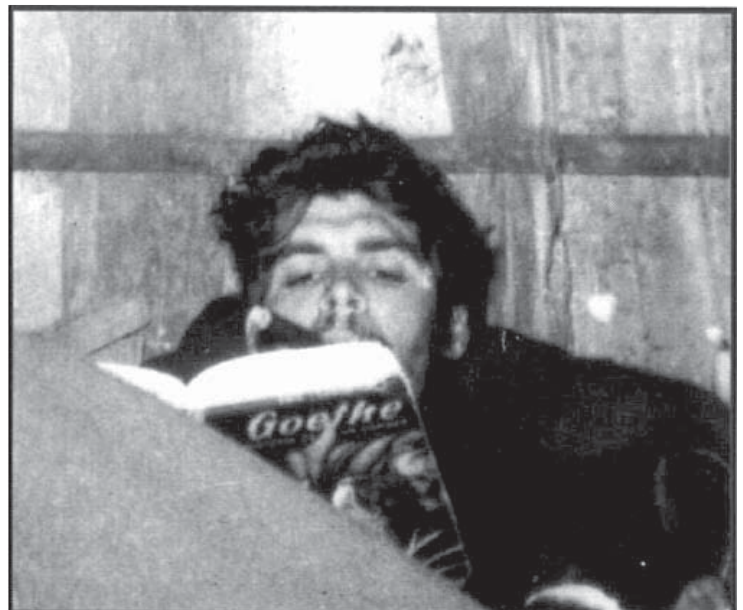
stand. Zugleich ist es die Frage nach der Unterstützung einer im Land wenig gefestigten Basis der Befreiung von außen, durch „fremde“ Kräfte, die die örtlichen Gegebenheiten nicht kennen und mit anderen – revolutionären, in diesem Fall aus cubanischen Erfahrungen stammenden – Erkenntnissen die Strategie eines Kampfes gegen koloniale Bollwerke aufnehmen wollen.

Kongo und Ruanda bilden den konkreten Hintergrund des Kampfes, wie auch die Frage eines Kampfes gegen die „weiße“ Vorherrschaft – mit cubanischen oder – wie bei Che – „weißen“ Leuten aus Argentinien. Damit auch die These der Focus-Theorie, die von der Vorstellung einer Ausbreitung antiimperialistischer Kampfpulse ausging.

Es ist auch die Frage an die revolutionäre Moral, an die Aussicht des Kampfes oder seine Aussichtslosigkeit, an die notwendigen oder vermeidbaren Fehler einer Bewegung. Analysen über die sozialen und kulturellen Hintergründe einer Motivation sind darin ebenso wichtig wie die Fragen nach eigener Standhaftigkeit oder „flexibler“ Entscheidungen gegenüber einem militärisch überlegenden Gegner. Und es ist die Frage nach dem Scheitern der Initiative in Zentralafrika.

„So verwerflich ihr Handeln auch war“, so schildert Che einmal die Einstellung der mittleren Führungskader der kongolesischen Bewegung, „man

ERNESTO CHE GUEVARA



mußte ihnen doch mildere Umstände zuerkennen, denn wir hatten einen wirklich harten Ton gegen die Chefs angeschlagen. Und dann war da noch ihre Ignoranz, ihr Aberglaube, ihre Minderwertigkeitskomplexe, die Verletzungen ihrer Empfindlichkeit und womöglich die für ihre ärmliche Mentalität schmerzliche Tatsache, daß ein Weißer sie zurechtwies wie in den verhaßten früheren Zeiten.“ (S. 202)

Cubanische Guerilleros versuchten den Leuten aus dem Kongo revolutionäre Disziplin beizubringen: „Viele Companeros waren der Ansicht, daß die Kongolesen Feiglinge waren, aber das war nicht mein Standpunkt (so Videaux). Es gibt keine feigen und keine tapferen Völker. Es ist eine Frage von Führung und Bewußtsein. Das niedrige kulturelle Niveau brachte Disziplinlosigkeit und Desertion mit sich. Es war nicht alles rosa-rot, die Sache hatte ihre spezifischen Probleme. Die Religion war hier stärker als die Organisation.“ (S. 139)

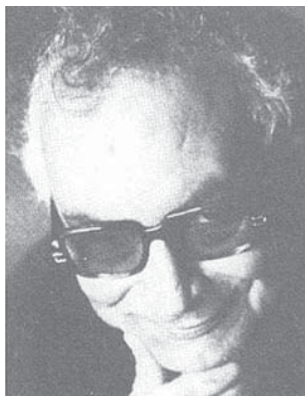
Dennoch waren die Erfahrungen so, daß die Führer der kongolesischen Bewegung sich lieber im sicheren Ausland – z.B. in Tansania – aufhielten und dort ihren Whisky sofften und die kongolesischen Leute – überwiegend – eher die Cubaner kämpfen ließen, als selbst für ihre (nationalen) Interessen einzutreten.

Das Unternehmen im Kongo scheiterte – damals. Eine Darstellung der Gründe liefert die Einschätzung von Che am Ende des Buches: „Wenn diese Erzählung irgendeine Bedeutung hat, so die, daß sie einige Erfahrungen vermittelt, die für andere revolutionäre Bewegungen von Nutzen sein können. Der Sieg ist eine große Quelle positiver Erfahrungen, aber ebenso ist es die Niederlage, und dies meiner Ansicht nach um so mehr, wenn die handelnden Personen Ausländer sind, die ihr Leben auf unbekanntem Territorium aufs Spiel gesetzt haben, in einem Land mit einer anderen Sprache, mit dem sie nur die Bande des proletarischen Internationalismus teilten, um einen Methode zu begründen, wie sie in den modernen Befreiungskriegen noch niemals angewandt worden ist.“ (S. 241)

Als Che nach Afrika ging – alles unter größter Geheimhaltung und, entgegen den allgemeinen Darstellungen, mit Rückendeckung der cubanischen Regierung –, war die revolutionäre Initiative bereits in der Phase des Niedergangs. Er geht auch selbstkritisch mit seinem eigenen Beitrag in dieser Phase um. Insbesondere sei es ein Fehler gewesen, sich nicht direkt auf die örtliche, bäuerliche Bevölkerung zu stützen, nicht ihre Sprache sprechen zu können und häufig lediglich mit den z.B. von Moskauer Universitäten kommenden kongolesischen Studenten Kontakt gehabt zu haben.

In diesem Buch werden einige geschichtliche Aspekte aufgearbeitet, die auch heute noch für die Fragen einer Strategie und Erfolgsaussicht revolutionärer Interventionen bedeutsam sind.

mc



Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels

Yaşar Kemal

Yaşar Kemal, der in Deutschland als türkischer Schriftsteller bekannt wor-

den ist, hat den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten. Man hat ihn wegen seines unermüdlichen Engagements für Menschenrechte, für die armen und ausgebeuteten Menschen und aus politischen und ethnischen Gründen geehrt.

Yaşar Kemal ist Kurde. Da in der Türkei seit der Gründung der Republik im Jahre 1923 die kurdische Sprache verboten ist, konnte auch er, wie 20 Millionen andere Kurden in der Türkei, seine Muttersprache nicht lernen. Der zu seinen Lebzeiten zur Legende gewordene Kemal äußerte einmal über die Unterdrückung des Kurdischen etwa folgendes: „Man sagt, daß wir Brüder sind (gemeint sind das türkische und das kurdische Volk). Aber ein Bruder kann sprechen, und dem anderen hat man die Zunge abgeschnitten.“

Yaşar Kemal erklärte ein anderes Mal in Zusammenhang mit dem kurdischen Schriftsteller Ehmede Xani, der vor 300 Jahren ein wunderbar romantisches Epos geschrieben hatte: „Wenn die Kurden ihre Sprache frei benutzen könnten, hätten sie bis jetzt viele berühmte Dichter und Schriftsteller hervorgebracht.“

Yaşar Kemal hat in seinen Büchern hauptsächlich die Kurden in der Cukurova, von wo auch er stammt, in den Vordergrund gestellt. Er erzählt vom Alltag dieser Menschen, von ihren Hoffnungen, Sorgen und ihrem gesellschaftlichen Leben. Sie waren einstmals nach Aufständen vertriebene Kurden.

Seine Themen, in die er seine Gestalten einbindet, sind Unterdrückung, Armut, Alphabetismus, Korruption der Behörden und Probleme, die mit der Religion und der Feudalgesellschaft zusammenhängen. Er berichtet von Gelegenheitsarbeitern, die aus Kurdistan mit ihren Familien in die Cukurova kommen und dort von den Großgrundbesitzern ausgebeutet werden.

Yaşar Kemal hat die Verfolgung und Unterdrückung der Kurden in seinen Büchern stets hintergründig zum Ausdruck gebracht. Diese Haltung des Grandseigneurs der Literatur kritisieren viele Kurden. Aber wenn man die Lage der Kultur bzw. Literatur in der Türkei betrachtet, muß man zugeben, daß man keine andere Möglichkeit hat. Wenn Kemal die Unterdrückung der Kurden in seinen Büchern in den Vordergrund ge-

stellt hätte, hätte er mit Sicherheit seinen jetzigen Ruf nicht erreicht. Entweder hätten die Machthaber der Türkei ihn wie Muser Anter und viele andere ermordet oder ihn ins Gefängnis gesteckt.

Kemal beschreibt in seinen Büchern die schwer zugänglichen wilden, hohen kurdischen Berge so sanft, so farbig, so duftend von Pflanzen, von den Tieren, als ob er Sehnsucht nach Kurdistan habe. Seine Beschreibungen sind so blumig, daß man diese Landschaft wie ein Bild vor Augen sehen kann.

Wie viele andere Intellektuelle habe ich Kemal von seinem berühmtesten Buch *Ince Memed – Memed mein Falke* – intensiver kennengelernt. Das Buch hat Ende der 50er Jahre eine Revolution in der türkischen Literatur herbeigeführt. Mit diesem Buch hat Kemal große Sympathien der Bevölkerung erhalten. Obwohl Kemal keine richtige Schulausbildung hatte, zeigte er damit, welche enormen literarischen Fähigkeiten er besitzt.

In dem Buch *Ince Memed* erzählt er von den Konflikten zwischen armen Bauern und reichen Großgrundbesitzern. Seinen Held Memed läßt er nicht sterben, um der vorhandenen Unzufriedenheit gegen den türkischen Staat Gewicht zu geben und mehr Ausdauer dieses Aufstandes der Bauern Ausdruck zu verleihen.

Dann folgten die Bücher *Ince Memed I, II, III*.

Kemal bereiste als Journalist das ganze Land Kurdistan und hörte in der verbotenen Sprache kurdische Legenden, Märchen, Epen und authentische Geschichten. Dann verflocht er meisterhaft diese kurdischen Motive in seine Bücher.

Kemals Aufstieg in die Politik in den 60er Jahren war nicht so erfolgreich wie seine literarischen Werke, da die Generäle zwei Dinge zum Ziel hatten: erstens die hochgekommene kurdische Unzufriedenheit zu unterdrücken, die kurdische Intelligenz mundtot zu machen. Zweitens die linksstehende Türkische Arbeiter Partei zu verbieten, in der Kemal Funktionär war. Die Generäle haben geputscht, und Kemal kam erneut ins Gefängnis.

In einem Land, in dem die Bücher der linken Schriftsteller verboten und verbrannt werden, in dem die Muttersprache eines großen Volkes als separatistisches Vorhaben betrachtet und bekämpft wird, in dem Schriftsteller wegen ihrer Gedanken ins Foltergefängnis gesteckt werden, in dem nur die Kulturlosigkeit der Generäle und restlichen Machthaber herrscht, in diesem dunklen und blutigen Regime ist Yaşar Kemal ein Licht, das diese grausame Türkei unter die Lupe

bringt.

In diesem maroden Leben blieb Kemal stets sauber und aufrichtig. Seine literarische Botschaft war, auf unserem Planet jedes Lebewesen friedlich und harmonisch leben zu lassen. Er ist ein Freund der Fischer, Lastträger, Werktätigen. Obwohl seine literarische Qualität im Himmel steht, ist er ein sehr bescheidender Mann geblieben, der mit einfachen Menschen seine Zeit verbringt.

Ich wünsche mir deshalb, daß dieser Grandseigneur noch den Nobelpreis der Literatur erhält.

Hayda Isik

Haydar Isik, geboren am 1.9.1937, stammt aus dem hauptsächlich von alavitischen Kurden bewohnten Gebiet Dersim (türkischer Name: Tunceli). Er kam 1974 nach München und arbeitet als Lehrer. Nach mehreren Veröffentlichungen, hauptsächlich zum Thema Rassismus in der Türkei, wurde er in der Zeit des Militärputsches 1982 von den türkischen Behörden ausgebürgert.

Sein erster Roman *Der Agha aus Dersim* erschien im September 1990 in Istanbul in türkischer Sprache. Das Buch wurde nach drei Wochen in der Türkei verboten. Der A1-Verlag in München brachte eine deutsche Übersetzung heraus.

1993 erschien ein Band Kurzgeschichten, der in Istanbul veröffentlicht wurde. In diesem Buch schildert er viele Beispiele von Ungleichheit, Ausbeutung, Rassismus und Erniedrigung von Türken und Kurden, die in München leben. Das Buch wurde ins Deutsche übersetzt und ist unter dem Titel *Verloren in Deutschland* im Ararat Verlag in Winterthur (Schweiz) erschienen.

Im Oktober 1996 kam Haydar Isiks zweiter Roman *Dersim Tertelesi – Die Zerstörung von Dersim in Istanbul* heraus. Dieses Buch ist inzwischen auch verboten. Für die Verlegerin hat die Staatsanwaltschaft acht Jahre Haftstrafe gefordert.

Haydar Isik ist Kolumnist bei der Tageszeitung *Özgür Politika*. Seit Februar 1997 ist er Vorsitzender des Kurdischen PEN-Zentrums.

Bundesgerichtshof

Vereinsverbote schränken Pressefreiheit ein

Der 3. Senat des Bundesgerichtshofs hat in einem jetzt bekanntgewordenen Urteil (3 Str 584/96 vom 9. April 1997) erstmals festgestellt, daß Betätigungsverbote, wie sie 1993 Innenminister Kanther gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) verhängt hatte, auch die Pressefreiheit einschränken. Mit dem Urteil hob der BGH einen Freispruch der Staatschutzkammer des Kölner Landgerichts gegen den presserechtlich Verantwortlichen des *Kurdistan-Rundbriefs* auf und verwies den Fall zur erneuten Behandlung an das Kölner Gericht zurück.

Der Redakteur hatte im Sommer 1995 im Zusammenhang mit der Berichterstattung über eine große kurdische Demonstration in Bonn „Für eine friedliche und politische Lösung in Kurdistan“ eine Grußadresse des PKK-Vorsitzenden Öcalan an diese Demonstration in der Zeitschrift dokumentiert. Das Bundesinnenministerium hatte das zum Anlaß genommen, um ihn wegen „Werbung für eine verbotene Vereinigung“ (Verstoß gegen § 20 Vereinsgesetz) anzuzeigen. Das Landgericht Köln hatte den Redakteur freigesprochen. Die Veröffentlichung sei durch das Grundrecht der Pressefreiheit gedeckt, urteilten die Kölner Richter. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Köln – unterstützt von der Bundesanwaltschaft – Revision beim BGH eingelegt.

Der 3. Senat entschied nun, es könne sehr wohl Fälle geben, in denen „der Mei-

nungs- und Pressefreiheit durch diese Strafvorschrift (des § 20 Vereinsgesetz, d. Verf.) Schranken gesetzt sind“. Der 3. Senat des BGH, dessen Rechtsprechung zu den von Kanther verhängten Verboten kurdischer Vereine schon im vergangenen Jahr von den Strafverteidigervereinigungen scharf kritisiert worden war, verlangt in seinem Urteil, daß sich die Gerichte in solchen Fällen künftig an die vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Rechtsprechung zu Parteienverboten (z.B. KPD-Verbot) halten.

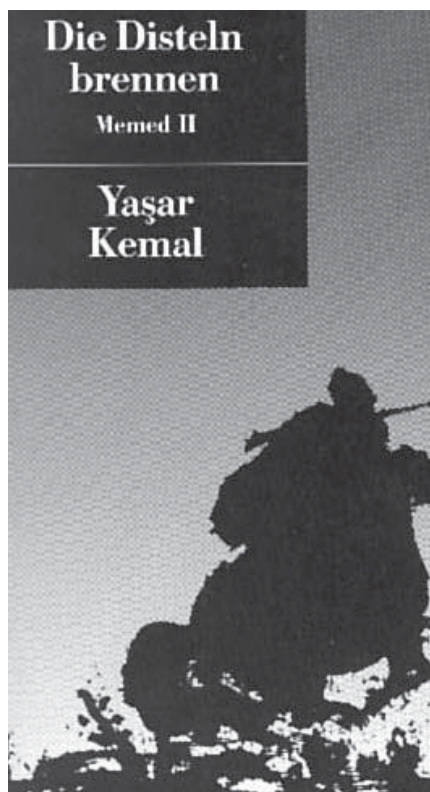
Das Urteil des BGH kann weitreichende Folgen haben. Die Pressefreiheit ist durch Grundgesetz und Völkerrecht geschützt. Ohne Pressefreiheit, d.h. ohne das Recht auf umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit, verkommt auch das Recht auf Opposition zu einem schlechten Witz. Wie soll z.B. nach dem Karlsruher Urteil künftig die Kurdenpolitik der Bundesregierung kritisiert werden, wenn Stellungnahmen wichtiger kurdischer Organisationen wie der PKK und der ERNK nicht mehr dokumentiert werden dürfen, weil sich Journalisten bei einer solchen Veröffentlichung dem Risiko aussetzen, strafrechtlich verfolgt zu werden?

Das Urteil hat zudem die Folge, daß künftig eine Regierung durch einfache Ministerverfügung (wie die Verbotsv Verfügungen Kanthers gegen die kurdischen Vereinigungen), bei der das Parlament keine Mitwirkungs- bzw. Kontrollrechte hat, direkt in die Pressefreiheit eingreifen kann. Der Verweis des BGH auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zu Parteienverboten ignoriert in diesem Punkt völlig die erheblichen Unterschiede zwischen Parteienverboten und Vereinsverboten. Parteienverbote werden bekanntlich nicht von Ministern, also von der Exekutive, durch einfache Verfügung verhängt, sondern nach einem langwierigen Verfahren vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Medien hatte „wegen der politischen Bedeutung der Sache“ dem angeklagten Redakteur im Verfahren vor dem BGH Rechtsschutz gegeben. Auch die „Rote Hilfe“ unterstützt ihn.

*

Einen erfreulichen Ausgang hat dagegen eine Auseinandersetzung zwischen dem *Kurdistan-Rundbrief* und dem Landesamt für Verfassungsschutz in NRW genommen. Dieses hatte die Zeitschrift in seinem 1995 veröffentlichten „Landesverfassungsschutzbericht 1994“ als „PKK-Organ“ eingestuft und war darauf auf Korrektur verklagt worden. Bei einem „Rechtsgespräch“ stimmte es jetzt auf Drängen des Gerichts einem Vergleich zu. Die Düsseldorfer Behörde muß ab sofort jedem noch verschickten Exemplar ihres „Verfassungsschutzbericht 1994“ einen Korrekturzettel beilegen, auf dem vermerkt wird: „Der Kurdistan-Rundbrief ist kein PKK-Organ. Er erscheint im GNN-Verlag“. Der Vergleich wird Anfang Juni rechtskräftig. rül



bis 14. Juni: Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, am 14. Juni sollen sie in einer Großdemonstration in Amsterdam münden.

21. Mai bis 1. Juni: Bundeskongress entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (Buko). Anmeldung: Buko, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg. Tel: 040/393156. Teilnahmegebühr 80/110 DM.

31. Mai: Öff. Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des Kurdistan-Rundbriefs in Köln, Jugendgästehaus, An der Schanz. Beginn 12.30 Uhr.

31. Mai: Demonstration „Keine Abschiebung nach Bosnien oder in andere Teile des ehem. Jugoslawien“. Neben dem Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main rufen Flüchtlings- und Friedensgruppen aus dem hess. Raum auf, im Vorfeld der nächsten Innenministerkonferenz zu Abschiebungs-Details zu demonstrieren. Beginn: 14.00 Uhr Hauptbahnhof Wiesbaden. Infos bei Flüchtlingsrat Wiesbaden, Blücherstr. 32, 65195 Wiesbaden, Tel/Fax 0611/49 52 49.

2. Juni: 30. Jahrestag der Ermordung von Benno Ohnesorg. In Berlin bereitet die Redaktion von „trend“ einen Kongress vor.

2.-8. Juni: Bundesweite Aktionswoche „Innen-Stadt-Aktion - Gegen Ausgrenzung und Rassismus, Privatisierung und Sicherheitswahn“

12. bis 17. Juni: Der Alternativgipfel „Coalition for a Different Europa“ geht auf Initiative mehrerer NGO/Nicht-Regierungs-Organisationen aus den Niederlanden und anderen Staaten zurück. Während des Gipfels sollen Ergebnisse der Regierungskonferenz kritisch diskutiert werden. Schwerpunkte: Arbeitslosigkeit, Demo-

kratiedefizite, Südpolitik der EU, „Friedliches Europa“, Antirassismus, Feminismus und Umweltpolitik.

16./17. Juni: Antirassismuskonferenz parallel zum Alternativgipfel. Sie wird organisiert vom größten europäischen Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und zur Unterstützung von MigrantInnen und Flüchtlingen. Ihre Themen sind Migrations- und Fluchtursachen, die EU-Politik „Festung Europa“, die Arbeit von Initiativen, alltäglicher Rassismus.

16./17. Juni: EU-Gipfel in Amsterdam. Geplant ist der Beschluß über die Reform der Maastrichter Verträge, zur Währungsunion und zur Aufnahme der „Osterweiterung“. Die „Euromärsche“ wollen bereits am 14.6. in Amsterdam eintreffen.

31. 7.-3. August: Linke Sommerschule in Schnepfenthal

29.-31. August: UZ-Pressesfest, Dortmund.

21. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

20./21. September: Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.

26.-28. September: Internationale Che-Guevara-Konferenz in der Humboldt-Universität in Berlin. Infos über Cuba Si, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: Grüner Länderrat in Magdeburg

11./12. Oktober: Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln, Jugendgästehaus.

14./16. November: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

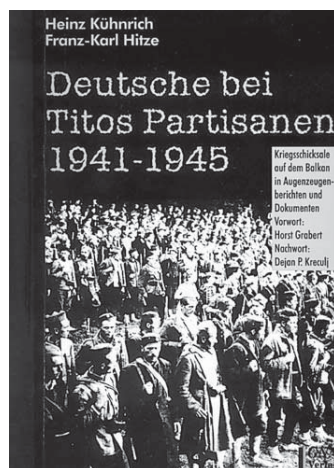
Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart



Heinz Kühnrich, Franz-Karl Hitz
Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945.
Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten.
274 Seiten, ISBN 3-929994-83-6. 24,80 DM.

In Fortschreibung und Ergänzung der Wehrmachtausstellung ist nun ein Buch erschienen, das den Widerstand gegen Hitler und seine Generale thematisiert. Denn es hat sie gegeben, jene Deutschen wie den katholischen Gefreiten Joseph Schulz, der sich 1941 in Smederevska Palanka weigerte, an einer Geiseler-schießung teilzunehmen, und der zusammen mit den Opfern erschossen wurde ... Mit Akribie und Besessenheit haben die Autoren Einzelschicksale zusammengetragen, wie das des Unteroffiziers Hemmerling, der die Sprengung der Adriastadt Cres verhinderte, oder das des Leutnants Schlichter, der zu den Partisanen überlief, mit ihnen kämpfte und fiel. Dabei ist ein an historischen Dokumenten und mündlichen Zeugnissen bereicheres Stück Geschichte entstanden ... (Heiko Hänsel am 29.4.97 in der „taz“)

Der Berliner „Tagesspiegel“ schrieb zu diesem Buch am 10. März 1997:

„Man will kaum glauben, was die Dokumente beweisen, die ein ostdeutscher Historiker und ein ostdeutscher Journalist bei ihrer Recherche über den Kampf deutscher Soldaten an der Seite von Titos Partisanen gefunden haben: diese unvorstellbare Brutalität, mit der deutsche SS-Männer gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen sind, und die Erbarmungslosigkeit, mit der deutsche Soldaten vier Jahre lang den Befehl des Kommandierenden Generals ausführten, für jeden getöteten Deutschen 100 und für jeden Verwundeten 50 Geiseln zu erschießen ...“

Bezug: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel: 034204/65711; Fax: 034204/65893

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart